Das
Priesterjubiläum des Papstes.

Erinnerungen und Mahnungen

von

Ernst Keil.

Wittenberg 1888.
Verlag von R. Herrosé.

181656

Die Jahreswende hat dem Papsttum und der katholischen Kirche einen Triumph zu teil werden lassen, der alle Errungenschaften der Kurie in den letzten Jahrhunderten überstrahlt und der die Bedeutung der Worte Windhorsts auf einer Katholikenversammlung: „Der Papst regiert die Welt!" in einem eigentümlichen Lichte erscheinen läßt. Papst Leo XIII. feierte am Jahresschluß sein fünfzigjähriges Priesterjubiläum und seine Getreuen fanden in diesem Feste die willkommene Gelegenheit, der Welt die Macht der katholischen Kirche und ihrer höchsten Spitze, des Papstes, mit dem Aufgebot allen Pompes zu zeigen. Es handelte sich nicht darum, das Jubiläum eines Priesters zu feiern, der als getreuer Diener seines Gottes 50 Jahre treu gearbeitet hat, nein, die katholischen Kleriker und Laien waren vielmehr bestrebt, das Jubiläum zu einem Feste des Papstes, des Papsttums zu stempeln. Und unter dem jubelnden Beifall hat der Jubilar selbst erklärt, daß die Feier der katholischen Welt und allen Regierungen Gelegenheit gegeben habe, „eine Kundgebung ohne Gleichen zu Ehren des Papsttums zu veranstalten", d. h. des Papsttums mit seinem anmaßenden Anspruch, als eine universelle und eine politische Macht angesehen und geachtet zu werden.

Und der Verlauf seines Jubiläums hat ihm Recht gegeben: wer nicht absichtlich sich die Augen verschließt, muß eine Bestätigung jener Worte, so anmaßend sie auch klingen, wahrnehmen. Nicht nur die gesamte Geistlichkeit der katholischen Kirche ist in Rom vertreten gewesen, nicht nur in allen Gegenden der Welt, wo Katholiken wohnen, haben die Laien den Ehrentag des „Vertreters Gottes" auf Erden in großen Kundgebungen festlich begangen, auch die Großen

und Fürsten der Völker haben nicht gefehlt, sondern sich durch Gesandtschaften vertreten lassen oder schriftlich ihre ehrerbietigsten Glückwünsche im Vatikan niedergelegt. Nicht nur — und darin liegt das ernste Zeugnis für die Universalität der Feier — katholische Fürsten, sondern auch protestantische, der Kaiser von Deutschland voran, alle größeren Souveräne Europas, ohne Unterschied der Konfession, sogar der Zar und der Sultan haben Glückwünsche und kostbare Geschenke gesandt, ja selbst die Beherrscher der „Ungläubigen" haben nicht in den Reihen der Festteilnehmer gefehlt: Der Schah von Persien und der Kaiser von Japan waren vertreten. Unermeßliche Geschenke und große Summen baren Geldes — der Gesamtwert der Geschenke wird auf sechzig Millionen geschätzt, das bare Geld beträgt vierzehn Millionen — sind in der Siebenhügelstadt niedergelegt. Wahrlich eine treffliche Bethätigung der Worte: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt."

Die geradezu internationale Teilnahme an der Feier zeigt den Erfolg der Regierung Leos auf das Deutlichste, sie erhebt den Jubilar von der Würde eines einfachen Dieners Gottes wieder empor zu der Stellung einer politischen Machtgröße, vor der sich die Völker beugen, mit der die Fürsten und Diplomaten zu rechnen haben. Wie sehr Leo XIII. selbst von der Bedeutung des Papsttums überzeugt ist, geht aus seinen eigenen Worten beim Empfang katholischer Pilger hervor. Er sagte: „Diese Thatsache (daß nicht nur Privatpersonen, sondern auch Souveräne, Regierungen und Volksvertretungen „gewetteifert haben, dem Papste ihre achtungsvolle Ergebenheit und Hochachtung zu bezeugen") findet ihren wahren Grund in der ungeheuren Wichtigkeit des Papsttums, dieses Leuchtturmes, den Gott inmitten der Völker errichtet hat, damit er den Weg des Heils weise, dieser Weltmacht (!), die zu allen Zeiten, die an allen Orten ist, welche, wenn alles ringsum zusammenbricht, steht und lebt, die aus allen Verfolgungen nur ruhmreicher, nur

kräftiger hervorgeht. Welches Volk würde sich nicht glücklich und geehrt schätzen, diese göttliche Institution in seinem Schoße zu bergen!" — Das sind Worte, die angesichts der Vorgänge in Rom nicht allzu optimistisch erscheinen müssen.

Die Welt hat seit Jahrhunderten einen solchen Festtag der katholischen Kirche nicht gesehen. So muß doch eine gewaltige Änderung vor sich gegangen sein, so muß es doch an der Person des Papstes vor allen Dingen liegen, welcher die Macht der römischen Kirche auf solche Höhe gebracht hat, welcher seine Zeit besser verstanden hatte als alle seine Vorgänger. Allerdings liegt es an der Person Leos allein, der durch seine der Zeit angepaßte und veränderte Taktik den Aufschwung der päpstlichen Macht bewerkstelligt hat. Auch P i u s IX., sein Vorgänger, hat Feste gefeiert; sie gehörten sogar zu seinen politischen Maximen. Mit großem Pomp verkündete er Dogmen, organisierte Heiligsprechungen, feierte drei Gedenktage seines priesterlichen Lebens. Er hielt an solchen Festen Revue ab über seine getreuen Heerscharen, aber die da kamen, waren doch nur Heerscharen, waren nur eine Herde, die sich aus den verbissensten Katholiken unter den Völkern sammelte, die vom Fanatismus getrieben, ihren Tribut zahlte. Fürsten und Herrscher, und zwar ausschließlich katholische, gaben höchstens, um der Form zu genügen, ihre Karte im Vatikan ab, um schließlich ganz fort zu bleiben. Mit allen Mächten Europas lag Pius IX. im Streit, protestantische wie katholische Fürsten hatten scharfe Noten mit ihm gewechselt und in mehr als einem Falle allen diplomatischen Verkehr mit ihm abgebrochen. Als seine Regierung zu Ende ging, krachte der heilige Stuhl in allen Fugen. Die weltliche Macht war an das Königreich Italien verloren gegangen und im Verteidigungskampf des „Gefangenen im Vatikan" gegen die unitarische Politik des jungen Königreichs war ein beträchtlicher Teil der Kraft der Kurie nutzlos vergeudet worden. Die völlige Nieder-

lage in diesem Kampfe war nicht ohne Wirkung nach außen. Überall fand die Kirche Gegner; es verschärften sich die Gegensätze zwischen den kirchlichen Ansprüchen und Lehrmeinungen und den Forderungen, welche die weltliche Staatsgewalt stellte, sowie den Anschauungen, die sich aus der Kulturentwickelung der gesitteten Welt ergaben. Die polternden Drohungen des römischen Bischofs hatten ihre Wirkung verloren, die Rolle eines zürnenden Jupiters mit dem Blitzstrahle des Bannfluches, welche Pio nono allzuoft gewählt hatte, war dem Schicksale der Lächerlichkeit anheimgefallen, seine Bannblitze waren kalte Schläge, sie trennten die Völker wohl nach wie vor, allein ihnen fehlte das zündende Feuer, welches den Fanatismus wie in früheren Zeiten aufflammen ließ und das so oft in loderndem Brande furchtbarer Kriege der Völker Kraft verzehrte.

Seit dem Regierungsantritt Leos XIII. hat sich allmählich, ohne daß die Welt die Veränderung merkte, eine tiefgehende Wandlung vollzogen, die erst jetzt durch das Jubiläum des Papstes vom grellsten Lichte beleuchtet wird. Was von ihm für die Erweiterung der katholischen Kirche geschehen ist, lehrt uns ein Blick in die Acta Pontificis maximi. Wir sehen staunend während der neun Jahre die sicher und ruhig vorschreitende Eroberung der Kirche auf dem Boden, wo sie nicht die herrschende ist; wir sehen, wie unter Leos Regierung in Schottland sechs Bischofssitze sich aufthun, in Canada und in Montevideo, in China und Japan sich neue Diözesen bilden, mühsam in Ostindien die Hierarchie hergestellt wird, in Bosnien und der Herzegowina eine neue Kirchenprovinz mit vier Diözesen zuwächst, in Bukarest ein Erzbischof seine Residenz aufschlägt, das Schisma in der armenischen Kirche beigelegt scheint, in Galizien eine ausgiebige Jesuiten-Missionsarbeit gegen die Ruthenen beginnt, in Ungarn durch die Bischöfe der Schließung gemischter Ehen und der Zivilehe entgegengearbeitet wird. Das sind Erfolge in weit entlegenen Ländern, die außerhalb unseres

Gesichtskreises liegen und uns deshalb nur wenig angehen. Schauen wir uns in unserem eigenen Lande um: Da sehen wir, wie durch langsames, aber zielbewußtes Manövrieren die katholische Kirche die im Kulturkampf verlorenen Rechte eins nach dem andern zurückerobert, wie der Papst den vorteilhaftesten Frieden mit dem mächtigsten Diplomaten Europas, dem Fürsten Bismarck, schließt, wie die Selbständigkeit der katholischen Kirche infolgedessen in Preußen garantiert ist, die ausgewiesenen Orden nach Deutschland zurückkehren, um eine planmäßige Agitation gegen den Protestantismus zu beginnen, wie endlich diese Errungenschaften alle noch nicht als abgeschlossen, sondern erst als „Anfang eines wirklichen und wahrhaftigen Friedens" betrachtet werden, dessen Präliminarien allerdings noch nicht vorgezeichnet sind, dessen ganzer Charakter aber schon durch die mit maßloser Überhebung erfolgte Ankündigung des Kampfes um die Schule und durch die allerorten hervortretende Agitation nach neuen Machtbefugnissen, endlich durch die Forderung der Zurückberufung der Jesuiten angedeutet wird. Fügen wir zu diesen Erfolgen noch seine Berufung zum Schiedsrichter in der Streitfrage zwischen dem deutschen Reiche und Spanien bezüglich der Karolineninseln, seine Einmischung in die innern Angelegenheiten unseres Vaterlandes bei den letzten Wahlen, kurz die Anerkennung seiner Macht als eine politische, wie sie in der Beschickung seines Priesterjubiläums seitens aller größeren Machthaber ausgesprochen ist, so genügen diese Resultate, um nachgewiesen zu haben, daß sich die Zeiten gewaltig geändert haben, daß die katholische Kirche und das Papsttum nach innen energisch gefestigt ist, nach außen aber sich eine ungeahnte Bedeutung und gewaltigen Einfluß erworben hat.

Es ist lediglich die Taktik Leos gewesen, die zu solchen Erfolgen hat führen können, das diplomatische Geschick des Papstes, durch mildes Vorgehen den Gegner zu düpieren über seine eigentlichen Zwecke, scheinbar nachzugeben, um

dann doch alles durchzusetzen, kurzum die Starrheit des katholischen Prinzips mit dem Mantel der Friedfertigkeit und Menschenfreundlichkeit zu umkleiden. Das Prinzip selbst ist dasselbe geblieben, kein Titelchen ist daran geändert worden. Man hat Leo XIII. einen Friedensfürsten genannt, der es verstanden habe, die römische Kirche mit dem Geiste moderner Wissenschaft und Staatskunst zu erfüllen, und man hat hieraus die Ungefährlichkeit und Harmlosigkeit des jetzigen Papstes und seines Systems folgern wollen. Es giebt keine größere Verblendung als dieser Glaube. Wohl ist Leo XIII. zu sehr Individualität, um nur als Werkzeug zu dienen, wohl hat er des öfteren Zeugnis für seine Verehrung der Wissenschaft abgelegt, wohl hat er durch die Aufhebung des seit Mitte des 16. Jahrhunderts bestehenden Verbots, die Archive des Vatikans zu betreten, die Geschichtswissenschaft merklich gefördert. Und doch hat er auf der anderen Seite Maßregeln getroffen, welche erkennen lassen, daß alle die humanen Bestrebungen im Grunde nur täuschen, blind machen sollen gegenüber den eigentlichen Prinzipien und Zielen des Papalsystems. Er hat die Jesuiten durch Breven öffentlich mit Lob überschüttet, hat verschiedene Ablässe ausgeschrieben, hat verschiedene Male angelegentlichst das Studium des heiligen Thomas von Aquino empfohlen und verlangt, daß die Wissenschaft einzig und allein die Wahrheit der Lehre der katholischen Kirche beweise, in deren Dienst sie stehe; er bezeichnete die lutherische Reformation als die Quelle des Kommunismus, Sozialismus und Nihilismus, brandmarkte die protestantischen Missionen als Verbreiter von Irrtümern und als Betrüger, ganz zu schweigen von der Taktlosigkeit, mit welcher er gegen die Freimaurer zu Felde zog, die „gottlosen Sekten“, welchen die Häupter des Hohenzollernhauses angehören. Überall, wo es ihm gelegen schien, hat Leo den strengsten Standpunkt des ausschließenden Katholizismus, der „alleinseligmachenden“ Lehre vertreten. Er ist nicht, wie Fürst Bismarck von ihm in einer seiner Reden kurz

vor dem Friedensschluß mit der Kurie sagt, „nur Katholik, reiner Katholik“, sondern er ist vor allen Dingen Papst, und als solcher Vertreter des Papalsystems in seinem ganzen Umfange, in allen seinen Konsequenzen, wie sie die Reformation wohl hat erschüttern aber nicht hat beseitigen können, wie sie sich im Laufe der letzten drei Jahrhunderte wieder ausgebildet haben.

Daß die Stellung der Kurie und der römischen Kirche dem Protestantismus als Religion gegenüber dieselbe geblieben ist, durch nichts geändert oder gemildert, im Gegenteil noch schroffer und feindseliger, weiß jedes Kind. „Anathema sit!“ und das wird so bleiben. Ein kurzer Überblick wird uns zeigen, daß auch die Anmaßung des Papsttums in weltlichen Dingen, den Fürsten und Staaten gegenüber, auch den protestantischen, keine Änderung oder Milderung erfahren hat. Durch die Reformation ins Herz getroffen, war das Papsttum in seiner Existenz bedroht und es hatte nichts wichtigeres zu thun, als im eigenen Hause zu bessern und ebenfalls zu reformieren, um seine Stellung wieder zu stärken. Durch die Disziplinargesetzgebung des Tridentiner Konzils wurde das erreicht, durch die Gründung des Jesuitenordens eine der Kirche verfügbare Macht geschaffen, welche es sich zur Aufgabe machte, das verlorene Gebiet wieder zu erobern. Ganz Europa wurde mit einem Agitationsnetze überspannt, dessen Fäden durch die Hände der Jesuiten in Rom zusammenliefen. Auf Grund des Satzes: „Der Protestantismus ist eine innerhalb der Kirche grassierende Häresie, gegen welche mit den Mitteln des kanonischen Rechtes einzuschreiten ist; eventuell hat die weltliche Macht kraft ihrer Advokaturpflicht die Ketzerei zu vernichten“ wurde der Protestantismus in Frankreich, Österreich, Bayern verfolgt und niedergeschlagen. Wo und wann es nützlich und möglich schien, trat das Papsttum in die schroffste Gegnerschaft zu den protestantischen Machthabern selbst: Die Königin Elisabeth von England wurde durch eine Bannbulle abgesetzt, gegen den

westfälischen Frieden, durch welchen den Protestanten Parität zugesichert wurde, eine Bulle erlassen, die ihn für null und nichtig dekretierte, die Annahme der Königskrone von Preußen durch Friedrich III. wurde von Clemens XI. für unerlaubt und ungültig erklärt. So gewaltig auch die Zeiten der Aufklärung unter dem Aberglauben, den Vorurteilen aufräumten, so sehr die Stürme der französischen Revolution und der Napoleonischen Herrschaft an der Hierarchie Roms rüttelten, das Papsttum überwand die schweren Zeiten und fand seine Stellung und seine fast ungeschwächte Kraft wieder. Auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen erzielte es Erfolge auf Erfolge und hatte es bald erreicht, daß die Kurie wieder von seiten der Mächte als eine selbständige, gleichberechtigte internationale Macht anerkannt wurde. Die römische Kirche wußte sich auch in die gärende Zeit der Revolutionen des 19. Jahrhunderts zu schicken, und verstand es, aus den Strömungen derselben Nutzen und Vorteil für ihre Macht zu ziehen. Den unterdrückten Liberalismus in Deutschland wußte sie für sich zu gewinnen und mit der Devise: „Freiheit, Unabhängigkeit auch der Kirche" in ihre Netze zu locken, damit er für sie fordernd auftrete. So eroberte sie in einer Reihe von Verwaltungsfragen, in der Frage, die gemischten Ehen betreffend, bedeutungsvolle Zugeständnisse, für deren Sicherung und Erweiterung sich in der von König Friedrich Wilhelm IV. eingerichteten katholischen Abteilung des preußischen Kultusministeriums ein treffliches und höchst rühriges Organ fand. Zu den äußern Begünstigungen der Regierung kam noch die romantisch-mystische Religiösität des preußischen Königs, welche dem Mirakelwerk der katholischen Kirche sehr gelegen sein mußte. So ging das große Jahr 1848 an der Macht der römischen Kirche spurlos vorüber; sie dehnte ihr Gebiet nach wie vor in Preußen aus, dafür sorgte schon die katholische Abteilung des Kultusministeriums und die Verwaltungspraxis der Bischöfe, welche Hand in Hand mit jener die zur Wahrung der Staatshoheit erlassenen Vor-

schriften des Landrechtes fein zu umgehen wußten, um sie allmählich garnicht mehr zu beachten.

Mit diesen Bestrebungen, die innere Macht der Kirche zu stärken, liefen parallel große Anstrengungen, welche auf die Wiederdurchführung der universellen Tendenzen der Kurie hinzielten. Es war wieder der Jesuitismus, welcher sich die Aufgabe stellte, dies Ziel zu realisieren. Der Jesuitengeneral Beckx bildete den Mittelpunkt der Bestrebungen, welche darauf hinausliefen, die Kirche nicht nur durch äußere Macht zu stärken, sondern dem Papste selbst zu einer absoluten Macht über die ganze Kirche zu verhelfen, und ihm dadurch die Mittel in die Hand zu geben, jede abweichende und widerstrebende Strömung zu vernichten. Pius IX. war ganz der Mann dazu, eine solche Machtstellung mit seiner Persönlichkeit zu decken und die gegebenen Mittel mit aller Strenge und Härte anzuwenden. In allen Staaten Europas bildeten sich katholische Parteien, welche ihren Einfluß in den Parlamenten zu gunsten der Kirche auszuüben wußten und ihr eine Eroberung nach der andern in den Schoß legen konnten. Die Krönung aber des ganzes Gebäudes menschlicher Berechnung geschah erst auf dem Konzil im Jahre 1870 durch die fast einstimmige Annahme des Dogmas von der Unfehlbarkeit des Papstes. Das Ziel des jesuitischen Treibens war erreicht. Es war ein Faustschlag dem gesunden Menschenverstand, der historischen Wahrheit, der Bildung des 19. Jahrhunderts gerade ins Gesicht gegeben. Doch die Antwort folgte auf dem Fuße und wurde in gleich schroffer Weise gegeben: Am 20. September 1870 zieht Viktor Emanuel von Italien mit Heeresmacht vor Rom, das von den nach der Heimat abberufenen Franzosen verlassen war, und hält nach einigen Kanonenschüssen seinen siegreichen Einzug in die Stadt, umjubelt von seinem Volke. Rom ist fortan die Hauptstadt des Königreichs Italien. Der Kirchenstaat hatte damit aufgehört zu sein, die weltliche Herrschaft des Papstes bestand nur noch ideell und im

Prinzip. Aber ein Ausfluß dieses Prinzips war das fortwährende Bestreben der Kurie, den Kirchenstaat wieder aufzurichten, und die Agitation der Jesuiten bewegte sich von dieser Zeit immer in dieser Richtung. Um diesem Ziele näher zu kommen, schritt man zur Bildung von geschlossenen katholischen Parteien in allen Ländern Europas, wo die Möglichkeit dazu gegeben war. Von Rom aus geleitet und in ihrem ganzen Auftreten beeinflußt, sollten diese Parteien sich eine maßgebende Stellung in den Parlamenten verschaffen, um dann mit ihrer Macht dem Papsttume und seinen Ansprüchen zu dienen.

Die Ausführung solcher Tendenzen, in der die größte Gefahr für die ruhige Entwickelung der europäischen Staaten lag, mußte bald zwischen den Regierungen einerseits und den katholischen Parteien andererseits zu heftigen Konflikten führen. Das Land, wo zuerst die Herrschgelüste des Ultramontanismus auf den Widerstand des Staates stieß, wo infolge dessen ein langer mit größter Heftigkeit von beiden Seiten geführter Kampf losbrach, war Deutschland, speziell Preußen. So lange es ein preußisches Abgeordnetenhaus gab, so lange existierte auch in demselben eine katholische oder ultramontane Partei, die vom Papste beeinflußt die Interessen der katholischen Kirche und des Papsttums zu vertreten sich zur Aufgabe machte. Nach dem Jahre 1866 gewann sie in Verbindung mit der erbitterten Welfenpartei solche Bedeutung, daß schon im Jahre 1867 Fürst Bismarck warnend an die historische Thatsache erinnern mußte, daß schon einmal in der Geschichte der Abfall der Welfen und der Sieg des Ultramontanismus Deutschlands Zerfall verursacht hätten. Durch die straffe Disziplin, welche unter der Direktive auswärtiger Machteinflüsse stand, war die Zentrumspartei zu einer solchen Macht angewachsen, daß derartige Befürchtungen lautbar wurden. Der Staat mit seinen Gesetzen war gänzlich bei Seite geschoben, er hatte keinen Einfluß auf die Eheschließung, besonders die gemischten

Ehen, er konnte nicht mehr die Bildung der jungen Geistlichen überwachen, die Leitung der Volksschule war ihm aus der Hand genommen und in die der Geistlichkeit übergegangen, die Besetzung der katholischen Fakultäten auf den Hochschulen durfte ihn nicht kümmern, die Verwaltung des kirchlichen Vermögens wurde nicht mehr durch Staats-, sondern durch Kirchenbeamte geführt. In allen diesen wichtigen Angelegenheiten herrschte völlige Souveränität der Kirche und der Staat wurde nur soweit zugezogen und in Anspruch genommen, als man von ihm verlangte, daß er der Kirche zur Ausführung ihrer Machtansprüche den weltlichen Arm leihe. Durch die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas, welches die weltumspannenden Pläne Gregors VII. wieder auftauchen ließ, wurde die Stellung des Staates der Kirche gegenüber noch gefährdeter. Nach dem Dogma galt Kirchengesetz mehr denn Staatsgesetz, und die Konsequenz davon mußte bei ausbrechenden Konflikten die Auflehnung der Kirche und ihrer Anhänger gegen den Staat sein.

Die preußische Regierung in der richtigen Erkenntnis der drohenden Gefahren für das ganze innere Staatsleben und im Vertrauen auf die durch den glorreich beendeten Krieg gegen Frankreich gestärkte Macht, suchte ihre Position zu bessern. Sie ließ die Anerkennung des Unfehlbarkeitsdogmas ruhig zu, wehrte sich aber gegen die Konsequenzen dieses Verhaltens, wie sie von der katholischen Kirche von ihr gefordert wurden. Sie schützte diejenigen Geistlichen und Laien, welche wegen ihrer Weigerung, ein solches vernunftwidriges Dogma anzuerkennen, abgesetzt und exkommuniziert werden sollten, gegen die strafende Kirchengewalt, anstatt ihr den hülfsbereiten Arm zu leihen. Die katholische Kirche und ihre Partei im Parlamente suchte ihrerseits aus der gewaltigen Erhebung des deutschen Reiches Vorteile zu ziehen; auf Frankreich war bei dem Streben nach der Wiederherstellung des Kirchenstaates nicht mehr zu rechnen, man klopfte deshalb bei dem Sieger an, Deutschland sollte das

Werk seiner Wiedergeburt durch eine „gottgefällige That" „krönen" und seine Stimme im Rate der Völker zu gunsten des „Gefangenen in Rom" erheben.

Thatsächlich sind gleich nach Beendigung des Krieges nicht ganz aussichtslose Verhandlungen über diese „Krönung des Friedens" geführt worden. Am 18. Februar 1871 erfolgte die erste unzweideutige Kundgebung des Zentrums in diesem Sinne in einer an den König von Preußen gerichteten Adresse, in der die Bitte ausgesprochen war, als eine der ersten Thaten kaiserlicher Weisheit und Gerechtigkeit den großen Akt der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des römischen Stuhles zu vollziehen. Im ersten Reichstage der geeinten deutschen Nation waren Debatten über diesen Gegenstand nötig, und man mußte Andeutungen seitens der Ultramontanen, daß der Heereszug des deutschen Kaisers über die Alpen nicht gerade von der Hand zu weisen sei, dadurch zurückweisen, daß man in der Adresse an den Kaiser betonte, die Tage der Einmischung in das innere Leben anderer Völker würden unter keinem Vorwande und in keiner Form wiederkehren. So ging der Staat einerseits vor, um die vielen verloren gegangenen Rechte wieder zu gewinnen, während die Kirche andererseits aus der geschaffenen günstigen Situation auf Grund ihrer Machtstellung neue Vorteile zu ziehen bemüht war. Der Zusammenstoß mußte erfolgen. Und es sollte auch nicht lange dauern, da prallten die Parteien gegeneinander.

Der Staat hatte es in verschiedenen Fällen für seine Pflicht erachtet, die „Abtrünnigen und Ketzer", welche ihre Vernunft nicht hatten knechten lassen und sich dem Unfehlbarkeitsdogma nicht hatten fügen wollen, vor den gewaltthätigen Bekehrungsmitteln der römischen Kirche zu schützen, er hatte besonders der dem ganzen damaligen Papalsystem widerstrebenden altkatholischen Bewegung unter der Ägide Döllingers einen kräftigen Rückhalt geboten. Die Wut und Erbitterung der päpstlich gesinnten Bischöfe war infolge

dessen übergroß und machte sich in einer scharf zugespitzten Adresse an den König von Preußen Luft. Dessen Antwort lautete fest und bestimmt: er halte es in dem erwachsenden Konflikte für seine Pflicht, jeden Priester zu schützen. Die Kirche reagierte auf diesen Bescheid mit einer planmäßigen demagogischen Agitation, welche der Staat nicht ruhig dulden durfte.

Während Fürst Bismarck in der ersten Zeit nach dem großen Kriege gehofft hatte, mit dem Papste leidlich auszukommen, mußte er bei der fortwährenden Wühlarbeit des katholischen Klerus, die von Rom aus gebilligt und gefördert wurde, bald anderer Meinung werden. Kurie und Zentrum, davon mußte er überzeugt sein, waren einig und in der Erkenntnis der Gefahr eines solchen Zusammenhanges einer deutschen Partei mit einer auswärtigen Macht für das junge deutsche Reich nahm er den Kampf auf in dem Bewußtsein, das ganze protestantische Deutschland, ja die ganze gebildete Welt auf seiner Seite zu haben. Der erste fühlbare Schlag war die Aufhebung der katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium, welche sich nicht gescheut hatte, den Intriguen und Schlichen der Ultramontanen Vorschub zu leisten. Die Ankündigung des Zivil-Ehe-Gesetzes und des Schulaufsichtgesetzes folgte, Maßregeln, nicht allein gegen die römische, sondern auch gegen die der Einheit Deutschlands feindlich gesinnte evangelische Orthodoxie, deren Vertreter bei der Regierung, Herr von Mühler, dem liberalen Falk Platz machen mußte. Schon am 13. Febr. 1872 wurde das Schulaufsichtgesetz von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses angenommen und das war die Einleitung zu einer ganzen Reihe von Gesetzen, welche dem Zwecke dienen sollten, an die Stelle der Willkür und der Erlasse der Bischöfe und Prälaten das unbeugsame Recht wieder zur Geltung zu bringen.

Unterdessen war auch nach kurzen Schwankungen und Verhandlungen der diplomatische Verkehr mit den Vatikan abgebrochen, der Kardinal Hohenlohe war vom Papst als

Botschafter in Rom nicht angenommen, sondern in schroffer Weise zurückgewiesen. Das war die offene Kriegserklärung, die auch vom Reichskanzler mit den Worten angenommen wurde: „Ich halte es nicht für möglich, daß nach den jetzt ausgesprochenen und öffentlich promulgierten Dogmen die katholische Kirche mit einer weltlichen Macht zu einem neuen Konkordat gelangen könnte, ohne daß die weltliche Macht in einem gewissen Grade affiziert werde, was das deutsche Reich wenigstens nicht annehmen kann. Dessen seien Sie sicher: Nach Canossa gehen wir nicht!" Der brausende nicht enden wollende Beifall, welcher dem Fürsten Bismarck für diese Worte im Abgeordnetenhause, welche zur Losung des ganzen Kulturkampfes geworden sind, dankte, fand ein Echo in den Herzen von Millionen Deutscher und Fürst Bismarck ist niemals populärer in Deutschland, ja in der ganzen Welt gewesen, als in jenen Tagen. Die dankbare Mitwelt ehrte sein kühnes Auftreten gegen Rom und errichtete ihm zum Ruhme auf dem historischen Boden des Burgberges ein Denkmal. Dort oben steht noch heute die Säule, an ihr leuchten noch heute die markigen Worte Bismarcks und glänzen über die duftigen Harzberge weit ins Land hinaus. Aber hier unten in der geräuschvollen dahinhastenden Welt sind sie verhallt und längst vergessen.

Damals aber hat der deutsche Reichskanzler sich damit einen Rückhalt geschaffen und nur im Vertrauen auf diesen hat er den Kampf so entschlossen aufnehmen, so konsequent fortführen können. In großen Etappen ging er vor: Er greift die Kerntruppen der Kurie zuerst an, die Jesuiten, ein Gesetz verkündigt ihre Ausweisung aus dem ganzen deutschen Reiche; infolge der höchst ausfallenden und anmaßenden Äußerungen des Papstes gegen Preußen, erhält der preußische Gesandschaftssekretär in Rom den Befehl, unbestimmten Urlaub zu nehmen, und damit ist jede Aussicht auf die Wiederherstellung des diplomatischen Verkehrs mit dem Vatikan beseitigt; Kultusminister Falk arbeitet vier

Gesetzesvorlagen aus, welche die Forderungen des modernen Staatsrechts gegenüber den Ansprüchen des mittelalterlichen Kirchenrechts enthalten und welche unter dem Namen „Maigesetze“ die erste Rolle in der weiteren Entwickelung der Stellung vom Staat zur Kirche gespielt haben. Unbedingte Unabhängigkeit des niederen Klerus von den Bischöfen, eine gründliche vom Staate geleitete und kontrolierte Bildung und Erziehung der Geistlichen, Schutzmittel gegen die Anstellung ungenügend gebildeter und renitenter Geistlicher, die Unterwerfung aufsässiger Kleriker unter das staatliche Gericht, Befreiung der Gemeinden und der einzelnen Staatsbürger vom geistlichen Druck, das waren die Prinzipien, welche diesen vier Gesetzentwürfen zu Grunde lagen. Trotz der hartnäckigsten Opposition im Parlament, wo die um ihre Autorität besorgten evangelischen Orthodoxen der konservativen Partei sich mit dem römischen Zentrum verbanden, trotz eines Adressensturmes seitens des von Hetzkaplänen aufgeregten katholischen Volkes erhielten diese Gesetze durch die energische Unterstützung der liberalen Parteien die Mehrheit und wurden am 11. August 1873 für zu Recht bestehend erklärt. Nicht die Denkschrift des deutschen Episkopats, in welcher „die Rechte und Freiheiten, welche der Kirche Gottes nach göttlicher Anordnung gebühren, für verletzt“ erklärt wurden, nicht der briefliche Appell des Papstes selbst an den deutschen Kaiser, der im drohendsten Tone die Maßregeln als den Thron untergrabende hinstellte, nicht das Attentat schließlich des Fanatikers Kullmann auf Bismarck konnte die Durchführung der Maigesetze hindern. Und als der erst grollende Widerstand des katholischen Klerus offen ausbrach und durch eine päpstliche Encyklika im Jahre 1875 die Opposition noch verschärft wurde, führte der Staat den Gegenschlag dadurch, daß infolge des sogenannten Sperrgesetzes allen Bischöfen und Geistlichen die Leistungen aus Staatsmitteln entzogen würden, so lange dieselben sich nicht durch schriftliche Erklärung zum Gehorsam gegen die Staats-

gesetze verpflichteten. Die noch härtere Maßregel der Auflösung aller Orden, ausgenommen die krankenpflegenden, folgte.

Das waren die Kampfmittel des Staates gegenüber den Anmaßungen der Kirche, wie sie so scharf selten angewandt sind, wie sie aber auch nicht auf die Dauer bleiben und weiter bestehen konnten. Es konnte dem Staate nur darum zu thun sein, die Souveränität über die Kirche, welche ihm zukam, die aber im Laufe der Zeit seitens der Katholiken umgangen und dann ganz offen bestritten war, mit vollem Nachdruck wieder herzustellen und die Anmaßungen zurückzuweisen, welche sich während der indifferenten Regierung Friedrich Wilhelm IV. allmählich zu Rechten ausgebildet hatten. Nachdem das geschehen, nachdem die Kirche diese Macht gefühlt hatte, ließ sich ein modus vivendi wohl finden, durch den der Weg zu dauernd gesetzmäßigen Zuständen geordnet wurde. Hatte der Staat niedergerissen, so mußte er jetzt um so eifriger wieder aufbauen. Unter welchen Bedingungen aber ein modus vivendi allein gefunden werden konnte, das hat Bismarck selbst damals mit klaren Worten ausgesprochen: „Was aus dem Staate würde, wenn wir den Kampf aufgäben, wenn wir jetzt die Bahn (der Verhandlungen mit Rom) beträten, kann ich nicht beurteilen; denn nicht unsere Aufgabe ist es, dergleichen Wege zu suchen; wer uns braucht, weiß uns zu finden. Wir genügen unseren Zwecken durch uns selbst.“ Das heißt soviel als: Rom muß uns entgegenkommen und das wird es thun, wenn es die Oberhoheit des Staates anerkennt, wenn seine Bischöfe erst den Gehorsam gegen den Staat gelernt haben, kurz wir schreiben die Friedensbedingungen, denn wir sind Sieger in dem uns aufgedrängten Kampfe geblieben!

Nur kurze Zeit sollte der Traum währen, nur wenige Jahre sollte das deutsche Volk meinen, wirklich in einem Kampfe gesiegt zu haben, wie er selten so hartnäckig geführt ist. Er hatte der Nation und ihrem Führer Ruhm und Ehre gebracht und die ganze übrige gebildete Welt freute sich des Triumphes des jungen wiedergeborenen Reiches.

Nur kurze Zeit, und dann kam die Enttäuschung, der Umschlag. Fürst Bismarck begann die Ära der Schutzzollpolitik und das bedeutete auch eine Reaktion gegen die liberalen Errungenschaften auf anderen Gebieten, weil der Kanzler den konservativen Parteien Konzessionen machen mußte, um sie für sich und seine Ideen zu gewinnen. Und gleich zuerst erfolgte der Umschlag auf kirchenpolitischem Gebiete. Man trat gegen Rom leiser auf, man drückte oft ein Auge zu, um das Zentrum allmählich hinüberzuziehen; um besonders die konservativen Elemente, die ultramontane Aristokratie an die Regierungspolitik zu fesseln, machte man kleine Konzessionen. Es bröckelte ein Stückchen nach dem andern von den Rechten des Staates, wie er sie gewonnen hatte, ab. Es ist die Zeit, wo bei dem Erscheinen fast jeder Regierungsvorlage das Zentrum zuerst in schroffster Opposition steht, wo es dann nach zärtlichem Winken und Streicheln seitens der Offiziösen, nach sehr fühlbaren Andeutungen einlenkt und schließlich mit fliegenden Fahnen aus der Oppositionsstellung zur Regierung übergeht. Man hatte jetzt auch einen Diplomaten auf dem römischen Stuhle, auf Pius IX. war Leo XIII. gefolgt, ein kluger, sehr kluger Herr, der es verstand, sich den modernen Zeitverhältnissen anzubequemen, der anstatt der mittelalterlichen Kampfmittel moderne und dadurch den gegnerischen Waffen ebenbürtige Mittel zu gebrauchen wußte, um seine Ziele zu erreichen. Ein feiner diplomatischer Briefwechsel zwischen den beiden Parteien war die Einleitung zu dem Stück, das mit der völligen Niederlage des Staates endigen sollte; dann folgten Verhandlungen über Verhandlungen, öffentlich und geheim. Die Zentrumsmitglieder sind die Akteurs, der heilige Vater führt die Regie und so hat der Papst erreicht, was er von Anfang an gewollt, langsam aber um so sicherer.

Zuerst wird Falk beseitigt. Der Mann, welcher seine ganze Kraft daran gesetzt hatte und auch weiter mitarbeiten wollte, sein Vaterland von dem Einflusse Roms frei zu machen, sieht die Schwenkung seines Chefs im Ministerium,

wehrt sich auch eine Zeit tapfer, dann geht er. An seine Stelle tritt von Puttkamer, und das bedeutet den Rückschritt auf allen Gebieten; auf ihn folgt von Goßler, der anfangs eine energische Selbständigkeit zeigt, sich aber später auch den „politischen Rücksichten" gefügt hat. Und in wenigen Jahren werden die Ideale des deutschen Liberalismus zu Grabe getragen. Zum Preise und zum Lohn für die Gegenleistung bei der Einführung der reaktionären Wirtschaftspolitik werden dem Zentrum kleine, scheinbar geringfügige Zugeständnisse gemacht, aber diese Partei in zielbewußter Haltung verlangt mehr und tritt schroff und gereizt auf, sobald ihr das vorbehalten wird. Sie droht mit ihrer Opposition gegen die Schutzzollpläne, wohl wissend, daß man sie bei der Durchführung derselben nicht entbehren kann. Die ausgewiesenen Bischöfe dürfen ihre verlassenen Sitze wieder einnehmen, nicht mit einem Male, nein — ein so kluger Rechner ist Fürst Bismarck denn doch — einzeln, einer nach dem andern, damit man diesen Preis öfter für die Unterstützung des Zentrums ausbieten kann. Die Anzeigepflicht wird einer Prüfung unterzogen und der staatliche Einspruch „geregelt", der kirchliche Gerichtshof verschwindet, das sogenannte Kulturexamen wird beseitigt. Aber der erwartete Erfolg, der Frieden und die Aussöhnung mit der ultramontanen Partei, bleibt noch aus. Unersättlich zeigt sich das Zentrum und der „friedliebende" Papst. Viel nehmen und wenig geben und immer dreister verlangen, das ist die Devise der kurialen Politik. Sie sah die Regierung auf dem Rückzuge und nun drängte sie, um schließlich den Frieden diktieren zu können. Und als ihr das nicht schnell genug ging, kommandierte sie ihre Truppen in die schärfste Opposition: Alle Pläne des Reichskanzlers, auf wirtschaftlichem, sozialem und militärischem Gebiete, wurden vom Zentrum durchkreuzt und teilweise vereitelt.

Mittlerweile war der Papst immer „friedlicher" geworden; der diplomatische Verkehr war, weil er sich einige Male so „wohlmeinend" Deutschland gegenüber ausgesprochen hatte,

wiederhergestellt, Herr von Schlözer wurde Gesandter im Vatikan und man konnte nun auf bestem und geordnetstem Wege mit Sr. Heiligkeit verhandeln. Und das that man auch in der bestimmten Absicht, über die Köpfe der Zentrumspartei sich mit dem Papste zu versöhnen und so die Ultramontanen aktionsunfähig zu machen. Der Thronfolger des deutschen Reiches besuchte Se. Heiligkeit, der gute Wille zur Versöhnung wurde nochmals ausgesprochen mit dem Hinweis auf die Partei des Zentrums, die den guten Willen zu schanden mache. Der Papst dankt für den Ausdruck so großer Freundlichkeit, schreibt an die Partei, sie möge auch hübsch friedlich auftreten, damit man das ersehnte Ziel erreichen könne; sie möge auch gegen den Sozialismus Stellung nehmen. Doch alles bleibt beim alten. Das Zentrum klagt weiter, Windthorst hält alljährlich seine Jeremiade gegen die Maigesetze, aus denen aller Sozialismus, Anarchismus, alle Verbrechen herstammen, die Partei verharrt in der Opposition. Das ist der ganze Erfolg! Der Papst thut noch ein Mehr. Er hat die Gnade, das ihm von Bismarck übertragene Schiedsrichteramt in einer Angelegenheit zwischen Deutschland und Spanien anzunehmen, und läßt dem Reichskanzler für die der Autorität des Papsttums gezollte Hochachtung den Christusorden überreichen. Der Papst als Richter über Deutschland! Und das alles um eine koloniale „Lumperei!“ Dafür zeigt sich aber die Regierung erkenntlich. 1886 erscheint eine kirchenpolitische Vorlage mit der Tendenz der Revision der Maigesetze; sie wird angenommen, aber das Zentrum ist noch nicht zufrieden; es hält noch immer die Hand auf, nach dem übrig bleibenden Rest der Gesetze verlangend.

In der Erwartung, an der parlamentarischen Stellung der ultramontanen Partei etwas zu ändern, hatte man sich arg getäuscht; das Zentrum war nicht gewillt, sobald von seinem einflußreichen Platze zu weichen. Die Partei war sich bewußt, daß der Papst sich nie von ihr wenden werde, weil er in ihr das einzige Mittel sah, seine Ziele zu ver-

folgen. Sie wurde in dieser Überzeugung bestärkt durch die freundlichsten Schreiben des Papstes, die von Lob über die Ergebenheit und Liebe der Partei zum Papsttum überflossen. So stand sie denn auch ferner grollend der Regierung gegenüber, auch noch bei dem Konflikt anläßlich des Septenats, den sie mit provozierte. Im Vertrauen auf ihre wohldisziplinierte Macht geht sie nach der Auflösung des Reichstages in den Wahlkampf; aber die Diplomatie plant ihr Verderben. Mitten im Wahlkampfe sieht sich Se. Heiligkeit veranlaßt, wiederholt auf die Wähler des Zentrums, auf deutsche Unterthanen, einzuwirken und sie für das Septenat zu bestimmen. Man erwartet eine Explosion, schon sehen die „nationalen" Männer mit den scharfen Augen das Zentrum in Stücke fliegen, Roma locuta est — und so muß doch geschehen, was der Papst befiehlt. Nichts von alledem! Das Zentrum bleibt stark und ungeteilt und zieht ungeschwächt in den neuen Reichstag ein. Aber der Papst erhält für seine große und „nationale" That seinen wohlverdienten Lohn. Er war ja deutscher gesinnt als die Mehrheit des aufgelösten Reichstages, man mußte ihm Dank zollen, auch wenn seine Einwirkung nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt hatte. In der Vorlage des letzten Jahres, im Frühling, demselben Monat, in welchem vor 12 und 13 Jahren die Kolbenschläge gegen die Macht Roms gefallen waren, schwanden die letzten Reste der Maigesetzgebung: Gegen geringfügige Gegenleistungen, die sich zumeist nur auf Formalitäten beziehen, werden die Orden wieder freigegeben, die Seminare zur Ausbildung der jungen Kleriker werden wieder eröffnet, kurz alles fällt, nur noch die Ausweisung der Jesuiten besteht zu Recht. Das ist das Ende, oder besser gesagt, der Anfang vom Ende; denn das Zentrum und der heilige Stuhl in Rom haben noch immer Forderungen in petto. „Wir wollen die Jesuiten wieder haben, dem Gebäude des Friedens fehlt noch die Krönung!" So erschallt der Ruf; und wer ist „vermessen" genug, sich den Forderungen mit ganzer Wucht entgegenzustellen.?

Und diejenigen, in denen sich alles Gefühl aufbäumt gegen ein solches Ende, welche laut Klage führen gegen die Staatsmänner, die es glücklich so weit gebracht haben, verlacht und verspottet man als Doktrinäre und Idealisten. Der Kulturkampf ist mit einem Male kein überzeugter Kampf gegen hierarchische Gelüste einer fremden Macht, gegen Geistes- und Gewissenszwang gewesen, er war nur ein „politischer Schachzug". „Realpolitik" heißt die Losung, und sie benutzt die Zeiten und Stimmungen, sie benutzt heute die „friedlichen" Absichten des Papstes und die agrarisch-reaktionären Interessen der Zentrumspartei, wie sie damals das protestantische Bewußtsein des Liberalismus gebraucht hat, um — „Realpolitik" zu treiben. Armer deutscher Idealismus! Und deshalb jubeltest du so gewaltig, und deshalb errichtetest du in deiner Begeisterung auf dem Burgberg im Harzlande die Säule zum Gedenken an den Geisterkampf, zum Andenken an das in allen Herzen widerhallende Wort: „Nach Canossa gehen wir nicht!"

* * *

Mit dem beginnenden Umschwung in der Politik des Fürsten Bismarck erhob sich der konservative Hauch und wehte durch ganz Deutschland. Die Reaktion brach mit Macht herein und der Liberalismus war zum Verteidigungskampfe gegen den Ansturm der vereinigten Konservativen und Ultramontanen gezwungen. „Zurück auf die Schanzen!" rief Forkenbeck und hier standen die Liberalen in mühseligem Kampfe, um doch eine Position nach der anderen aufgeben zu müssen. Die Schutzzollära schürte in erster Linie den Streit um die materiellen Güter, ein heftiger Interessenkampf brach los und in diesem langen und ermüdenden Ringen verlor das Volk die Ideale, an welche es früher geglaubt hatte. Mit dumpfer Resignation, ohne Protest, der in seiner zwingenden Macht der Begeisterung der Vorjahre hätte gleich sein müssen, sah das Volk Falk, den „Volksminister" gehen, sah weiter, wie ein Stück nach dem andern von den errungenen

Rechten abgelöst wurde. Es ließ sich auch die Wiedereröffnung des diplomatischen Verkehrs mit dem Papste gefallen, es war ja ein „Friedensfürst", der jetzt die dreifache Krone trug; ob er gleich den Protestantismus als die Quelle des Kommunismus und Nihilismus brandmarkte, die Jesuiten dagegen segnete, das waren wohl nur „Formalitäten" und durften einen deutschen Protestanten nicht aufregen, damit nicht die Kreise der hohen Diplomatie gestört würden, die mit dem Papste verhandeln und Frieden schließen wollte. Aber einmal brach doch das Gefühl des Volkes in urwüchsigster Weise durch; es war bei der Bestellung des heiligen Vaters zum Schiedsrichter über den Streit mit Spanien wegen der Karolineninseln. Als die Nachricht zu den Ohren des Volkes kam, da lachte man, lachte aus vollem Herzen über den schlechten Witz, den man sich mit der Verbreitung einer solchen „Riesenente" gemacht habe. Doch als das Lächerliche wahr wurde, als der „schlechte Witz" ganz ernst gemeint war, als wirklich Papst Leo XIII. über eine Angelegenheit, die Deutschlands Politik betraf, zu Gericht saß, da schwand das Lachen, aber man merkte nichts von Opposition, man hörte nur hin und wieder Äußerungen wie etwa: Wer weiß, was der Kanzler dabei im Auge hat, oder das ist diplomatisch gehandelt u. s. w., Redensarten, die sich das protestantische Volk so lange selbst vorlog, bis es sie glaubte. Es hat zwar nicht an warnenden Stimmen gefehlt, die auf die gefährliche Bedeutung des Vorganges hinwiesen, allein sie wurden überschrieen von dem Rufe: Oppertunitätspolitik, die ihr nicht versteht, ihr Doktrinäre! Wartet's nur erst ab, die Folgen werden wir bald sehen! Und das Volk sah die Folgen kommen, langsam aber immer fühlbarer und einschneidender. Die Interessenpolitik steigerte sich immer mehr, dem Volke ging immer schneller das Selbstbewußtsein und damit die Widerstandskraft verloren, und die Maigesetze schmolzen unter den Händen der Diplomaten und Interessenpolitiker zu Nichts zusammen, ohne daß das Volk, das Volksgewissen, sich regte. Und was man früher leise

gesagt, was man zu denken und zu begreifen sich zuerst gezwungen hatte, daß der Kanzler große Absichten bei dem Zusammengehen mit dem Papste hege, das schrie man jetzt hinaus in alle Welt, triumphierend und jubelnd, als der Papst sich in die innersten Angelegenheiten des deutschen Reiches einmischte, als sein Einfluß das Zentrum zu bestimmen suchte, die Opposition gegen das Septenat fallen zu lassen. Man pries diese That als die Folge der meisterhaften Diplomatie Bismarcks; das Zentrum mußte ja nun auseinanderfallen. Der klare Menschenverstand, der historische Blick und Sinn, welcher die Vergangenheit mit der Gegenwart vergleicht und dann vernunftgemäße Folgerungen daraus zieht, alles verloren gegangen in dem Tumult der Wahlbewegung, alles betäubt von dem wenn auch nicht ganz erkünstelten, so doch künstlich verstärkten Kriegslärm. Verloren gegangen war vor allen Dingen das Gefühl der Ehre, welches jeder auswärtigen Macht die Einmischung in vaterländische Angelegenheiten verwehrt und zumal hier zurückweisen mußte, wo die Geschichte, die Vergangenheit Deutschlands warnend ihre Stimme erhob. Man hat die Warnung nicht gehört, man hat vergessen, daß es einst einen deutschen Kaiser gegeben hat, der gedemütigt wie ein Knecht keine Stätte mehr in seinem Vaterlande hatte, weil der römische Bischof seine Unterthanen ihres Treueides entbunden und sie ihm den Gehorsam gekündigt hatten. Das war auch eine Einmischung des Papsttums in deutsche Sachen. Das war aber zu lange schon her und Heinrich IV. und sein Schicksal waren längst vergessen.

Auch das Gedächtnis für die näher liegenden Ereignisse und Vorgänge schwand. Man glaubte allen Ernstes daran, den Papst vom Zentrum trennen und letzteres durch Isolierung aktionsunfähig machen zu können. Man vergaß, daß der Papst eine politische Unklugheit begangen hätte, wenn er wirklich sich in Widerspruch zum Zentrum gesetzt, daß er sich seiner besten Truppen beraubt hätte, deren Hartnäckigkeit er alle Erfolge der letzten Jahre verdankte. Als dann wirklich eintrat, was einzelne

Stimmen in der Wüste vorhergesagt hatten, als das Zentrum sich nicht zersplitterte, noch mit dem Papste veruneinigte, da stutzte man anfangs, dann aber half man sich auch über diese Enttäuschung hinweg mit der alles lösenden Zauberformel: „Wer weiß, was der Reichskanzler dabei im Auge gehabt hat?“ Das sollte sich denn auch bald zeigen: Die letzten Reste der Maigesetze wurden preisgegeben; das also war es, Frieden unbedingter Frieden, war uns geworden, wenn man auch wiederum hörte, das Zentrum sei noch nicht zufrieden, wenn auch der Papst von einer „Krönung“ des Friedens noch bei seinem Jubiläum gesprochen hat, worunter man sich alles Mögliche denken kann, wenn auch die Jesuiten von den Ultramontanen zurückgefordert werden und der Kampf um die Schule nächstens eröffnet werden soll. Ach! das waren nur Drohungen, ohne Aussicht auf Verwirklichung, das protestantische Bewußtsein war eben eingelullt und schlief und schläft auch heute noch.

In eine solche Zeit fällt das Jubiläum des Papstes und zeigt uns mit aufdringlicher Deutlichkeit das Papsttum auf dem Gipfel seiner Macht. Durch geschickte Schachzüge hat Leo XIII. mehr erreicht, als alle seine Vorgänger in den letzten drei Jahrhunderten. Dabei hat er alle gewaltsamen Mittel verschmäht, welche Pio nono so oft anzuwenden liebte; er wurde ein friedlicher Papst genannt und die internationale Diplomatie allein war es, deren er sich bediente, um seine Ziele zu erreichen. Als er in Brüssel als Nuntius lebte, hatte er Gelegenheit gehabt, hier am Hofe Leopolds II., dem damaligen Mittelpunkte der diplomatischen Fäden, eine gute Schule durchzumachen. Er that tiefe Einblicke in die verschiedenen Staatsformen, die Bedürfnisfragen der einzelnen Nationen Europas und er lernte, danach sein Thun einrichten. Er hat es erreicht, daß er in den Angelegenheiten der meisten Länder die Hand mit im Spiele hat, daß er eine internationale Machtgröße geworden ist, mit der die Fürsten rechnen, deren sie sich auch gegebenen Falles gegen Konzessionen bedienen. Gegenüber

den innern Angelegenheiten der Länder, bei welchen besonders des Papstes oder seiner Partei Einfluß gewünscht wird, spielt die Kurie bis heute ein Doppelspiel. In Deutschland gebietet sie den Bischöfen, gegen die Sozialdemokratie Front zu machen; dagegen läßt der Papst in der Zentrumspartei die aristokratischen und demokratischen Elemente ruhig nebeneinander wirken. Er bietet dem Kanzler seine Hülfe an in dessen Kampfe gegen die oppositionelle Reichstagsmehrheit, sie wird angenommen bei den letzten Wahlen und ihm in großartiger Weise quittiert. Fürst Bismarck sagt im Abgeordnetenhause: „Ich habe den Eindruck, daß ich beim Papste mehr Wohlwollen und mehr Interesse für die Befestigung des deutschen Reiches und für das Wohlergehen des preußischen Staates finden würde, als ich zu Zeiten in der Majorität des deutschen Reichstages gefunden habe." Und noch deutlicher am 23. März 1887 ebenda: „Für mich sind alle Umsturzbewegungen die gleichen, ob sie von seiten der Kirche oder der weltlichen Politik kommen, ob sie von sozialistischen Laien oder von Demokraten in der Soutane vorbereitet werden. Der Papst und der Kaiser haben in dieser Beziehung die nämlichen Interessen. Sie müssen gemeinsam der Anarchie Widerstand leisten, woher sie auch komme". Und am 21. April desselben Jahres ganz verständlich und klar: „Ich freue mich, die beiden Autoritäten, die weltliche und die geistliche, gemeinsam die Demokratie bekämpfen zu sehen." Während die Kurie hier auf der Seite der monarchischen Autorität steht, hat sie doch so viel Anpassungsfähigkeit und Schmiegsamkeit, in Ländern, wo das nicht angebracht ist, wo eine solche Stellungnahme nicht zu gunsten der Kirche ausfallen würde, die gerade entgegengesetzte Position zu wählen. Die Kirche ist eben aristokratisch-monarchisch und demokratisch-republikanisch, wie es beliebt wird, wie es für die Kirche ersprießlich ist. In Nordamerika stellen sich die römischen Bischöfe offen auf die Seite der Demokratie und treten für die „Ritter der Arbeit" ein. Und im direkten Gegensatz und Widerspruch zu den Worten

Bismarcks von einem Zusammengehen des Kaisers und Papstes gegen die demokratischen Bewegungen schreibt der englische Kardinal Manning in einem das Vorgehen der amerikanischen Geistlichkeit verteidigenden, öffentlichen Briefe: „Wie unser göttlicher Erlöser unter den Leuten des Volkes lebte, so muß auch unsere Kirche leben. Bis jetzt wurde die Welt durch Dynastien regiert; von nun ab hat der heilige Stuhl mit den Völkern zu rechnen, und zu diesem Zwecke hat er seine Bischöfe, die in engen, täglichen und persönlichen Beziehungen mit dem Volke stehen. Die Abhängigkeit der Arbeiter, der Hunger und das Elend ihrer Familien, die aus schwachen Frauen und Kindern bestehen, ist so unerträglich und gebieterisch, daß der Kampf zwischen dem lebendigen und dem toten Kapital der ungleichste von der Welt ist, und die Freiheit des Vertrages, von der die Nationalökonomie so stolz spricht, existiert sozusagen überhaupt nicht. Unter diesen Umständen ist es ganz gewiß die Aufgabe der Kirche, die Armen zu schützen, nämlich die Arbeiter, welche den Gesamtreichtum der Menschheit geschaffen haben." Ein Sozialist könnte von den leidenden ärmern Klassen nicht besser sprechen; aber der Edelmut der Bestrebungen verliert gewaltig viel, wenn man die Begründung solchen Vorgehens der katholischen Kirche seitens des amerikanischen Kardinals Gibbons hört. Er sagt, indem er die Gefahren der Verdammung des Bundes der „Ritter der Arbeit" schildert: „Da ist zunächst die Gefahr, daß die Kirche in der Volksmeinung das Recht verliere, als Freundin des Volkes betrachtet zu werden. Das Herz des Volkes zu verlieren, das wäre ein Schaden, der durch die Gunst der kleinen Zahl der Reichen und Mächtigen nicht aufgewogen würde. Die Einkünfte der Kirche, die bei uns aus freien Liebesgaben bestehen, würden enorm zurückgehen und das nämliche wäre der Fall mit dem Peterspfennig." Dieser Grund schlug allerdings durch. In Großbritannien suchte man schon vor Jahren Einfluß auf die widerspenstigen Irländer zu gewinnen und ihre Opposition gegen das Mutterland abzuschwächen.

Damals abgewiesen, hat man die Versuche wiederholt, um hier ein dankbares England zu schaffen; allein erst jetzt wieder beim Jubiläum ist es zum Ausdruck gekommen, daß man der katholischen Kirche Schaden zufügen würde, wollte man einen Zwang auf die Bewohner der „grünen Insel“ ausüben. Und deshalb läßt man sie ruhig gewähren und sieht ruhig zu, wie katholische Priester den Fanatismus der Irländer schüren.

Das Prinzip des Papsttums läßt sich wohl drehen und wenden, aber es bleibt im Grunde ein und dasselbe. Wo es möglich ist und zugleich der Kirche frommt, daß es zum Durchbruch kommt, da wird es in alter ursprünglicher Form angewandt. Und heute ist es das gleiche, wie vor Jahrhunderten, wie es von Thomas von Aquino, dessen Studium Leo XIII. so angelegentlich empfiehlt, festgestellt ist: „Die Kirche und das Priestertum und der Papst haben das göttliche Gesetz zu vertreten, um die himmlischen Güter auszuspenden. So sollen auch die staatlichen Regenten für das „Selig leben“ („beate vivere“) in der Weise sorgen, wie es für das Erlangen jenes seligen himmlischen Lebens angemessen ist und das hierzu Führende zum Gegenstand ihrer Gesetzgebung machen. Eben von den Priestern haben sie die Weisungen des göttlichen Gesetzes zu empfangen, ihnen sind sie durch dieses Gesetz unterworfen. Die Kirche und der Papst können einen weltlichen Regenten auch absetzen, die Unterthanen eines exkommunizierten sind ihres Treueides entbunden 2c. . . .“ — Und es bleibt sich gleich, ob der Papst das Prinzip offen bekennt, oder ob es nur aus seinem ganzen Vorgehen erkenntlich wird, es bleibt dasselbe, und wenn Fürst Bismarck den Papst am Ende des Kulturkampfes einen „weisen, gemäßigten und friedliebenden Herrn“ nennt, der nichts sei als Katholik, reiner Katholik, so hat er den Papst und sein Prinzip im Kulturkampf selbst (März 1873) folgendermaßen gekennzeichnet: „Es ist meines Erachtens eine ganz falsche Auffassung der Politik und Geschichte,

wenn man Sr. Heiligkeit den Papst ganz ausschließlich als Vertreter einer Konfession oder als Vertreter der katholischen Kirche oder des Kirchentums überhaupt betrachtet. Das Papsttum ist eine politische Macht von jeher gewesen, die mit größter Entschiedenheit und mit größtem Erfolge in die Verhältnisse dieser Welt eingegriffen hat, die diese Eingriffe erstrebt und zu ihrem Programm gemacht hat. Das, was das Papsttum ununterbrochen vorschreibt, ist die Unterwerfung des Staates unter die Kirche!"

Weltliche Macht des Papstes! Du lieber Gott, eine hohle Redensart ohne Aussicht auf Verwirklichung! Man lacht, wenn man davon spricht oder hört. Ganz schön! Hat man aber nicht auch gelacht, als man vernahm, Leo XIII. sei das Schiedsrichteramt zwischen Deutschland und Spanien übertragen, hätte man nicht auch gelacht und gespottet, wenn jemand vor wenigen Jahren die Befürchtung ausgesprochen hätte, der Papst werde bei einer der nächsten Reichstagswahlen die Parole für eine deutsche Partei ausgeben, und zwar mit Wissen und Willen der deutschen Regierung? Man hätte einen solchen Propheten für einen Narren erklärt! Gewiß, so leicht wird kein Schuß fallen, um die weltliche Macht der Kurie wieder herzustellen, aber darauf kommt es hier nicht an. Wir leben und sorgen nicht für heute und morgen, und so lange das Prinzip da ist, die Weltstellung des Papstes in allem Glanze aufzurichten, so lange der feste und fanatisch entschlossene Wille vorhanden ist, das Prinzip durchzuführen, so lange die Ideen der Universalmacht der Kirche die katholischen Unterthanen in ihrer Mehrheit reizt und anspornt, so lange gilt es auf der Hut zu sein, so lange ist auch zu befürchten, daß der Tag der Verwirklichung einmal anbrechen wird.

Man urteile nur nach dem einen nahe liegenden Falle: Als der italienische Ministerpräsident Crispi im letzten Sommer in Friedrichsruhe mit dem Reichskanzler konferierte,

schwirrte plötzlich die Nachricht durch die Welt, es handle sich um die römische Frage, also um die Frage der weltlichen Macht des Papstes. Man erörterte den Gegenstand allen Ernstes, man sprach von der Möglichkeit eines Einflusses des mächtigen Kanzlers auf die italienische Regierung zu gunsten des Papstes, und Crispi mußte bei seiner Turiner Bankettrede Veranlassung nehmen, diese Gerüchte zurückzuweisen und als unwahr hinzustellen. Das war also doch von nöten, und das giebt sehr zu denken!

Man nehme alles in allem, man gebe sich die Mühe, aus der Vergangenheit auf die Gegenwart und Zukunft zu schließen, man schätze die Bedeutung der wiederkehrenden katholischen Ordensgesellschaften für die Machterweiterung der Kirche und des Papsttums, man beobachte nur einmal das systematische Treiben der katholischen Presse, der katholischen Wissenschaft, man denke schließlich an die Katholikenversammlungen und an die dreisten Prophezeihungen Windthorsts auf einer derselben in Hamburg, daß in absehbarer Zeit dort ein katholisches Erzbistum errichtet werden würde, und man lache noch, wenn man von Gefahren spricht, man sage dann noch, wir leben im Frieden und haben nichts zu befürchten, wo der Kampf um die Schule seitens des Zentrums in nächster Zeit schon aufgenommen werden wird.*) Das hieße blind sein wollen, die Gefahren nicht sehen wollen.

Es gilt, sich auf die drohenden Kämpfe einzurichten, sich dazu zu rüsten, so gut wir nur können, damit wir nicht unvorbereitet und wehrlos dastehen. Und schon beginnt es sich auch zu regen, in kleinen Anfängen erst noch, aber die Thatsache, daß man nicht gleichgiltig bleibt, ist doch als ein gutes Zeichen zu begrüßen. Es gilt nur die Strömungen auszudehnen und richtig zu leiten, es gilt aber auch unter den Kräften, die da mitwirken wollen, zu sichten und die

*) Während des Druckes ist der Kampf um die Schule thatsächlich eröffnet, das Zentrum hat Anträge gestellt, welche die Schule völlig der Kirche überliefern.

unbrauchbaren auszuscheiden. Und da muß vor allen Dingen Farbe bekannt werden und da muß die evangelische Orthodoxie den Bescheid erhalten, daß uns ihre Mitarbeit zu nichts hilft, daß sie uns nur schadet und deshalb ruhig bei Seite stehen bleiben mag, wie sie es im Kulturkampf für nützlich befunden hat, wo sie sich den Maigesetzen gegenüber auf denselben Standpunkt stellte, wie der Katholizismus, wo sie protestierte gegen den modernen Staat und den Liberalismus, weil mit dem Sturze der katholischen Hierarchie auch die geistes- und gewissenszwingende Macht ihrer Kirche in den Staub sank. Nur Eigennutz, nur das Streben, ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen ist es, was sie treibt, auch Front gegen die katholische Kirche zu machen. Als die Gesetze des Kulturkampfes fielen, als die der katholischen Hierarchie zu Grunde liegenden Bestimmungen wieder zu Recht bestanden, erhob auch die Orthodoxie ihr Haupt, um bei dieser passenden Gelegenheit möglichst viel einzuheimsen, um auch ihre Macht zu stärken und zu befestigen. „Die evangelische Kirche muß mit den gleichen Machtmitteln ausgerüstet werden wie die katholische" — das war ihre Forderung und die einzelnen Bestimmungen, welche man eingeführt wissen wollte, zeigten nur zu deutlich, worauf es ihr ankam: Nicht auf die Erwerbung von Mitteln, um dem Vordringen des Katholizismus widerstehen zu können, sondern einzig und allein um ihre eigenen hierarchischen Gelüste zu befriedigen. Man verlangte die Mitwirkung der evangelischen Kirche bei Berufung geeigneter Persönlichkeiten in die kirchenregimentlichen Ämter, in die Professuren der evangelischen Theologie, in die Religionslehranstalten, an den Schullehrerseminarien und allen höheren Schulanstalten. Alle diese Forderungen, zu denen noch das Verlangen nach einer reichlichen Dotation an die Kirche kommt, laufen in der That auf die Bildung einer protestantischen Hierarchie hinaus, die ganz analog der römischen sein würde. Es ist der römische Geist, welcher die Orthodoxie durchtränkt hat, der sie zu solchen Anforderungen treibt, mit deren Durchführung der Orthodoxie in

dem Kampf gegen die Gewissens- und Glaubensfreiheit, gegen die akademische Lehrfreiheit der Sieg von vornherein zuerkannt sein würde. Der Unduldsamkeit gegen anders Denkende und Glaubende wären damit legale Waffen in die Hand gegeben. Es wäre damit aufgerichtet ein geistlich-aristokratisches Regiment, welches die theologischen Fakultäten beherrscht, die junge Geistlichkeit in Seminarien heranzieht, die Kirchenzucht energisch durchführt, die Pfarrer ernennt, überwacht und maßregelt und den Kampf um die Schule zu gunsten der Kirche zu Ende führt. Man greife den ersten besten aus der Orthodoxie heraus, umkleide ihn mit solchen Machtbefugnissen, gebe ihm einen Krummstab in die Hand, eine Tiara aufs Haupt und wir haben einen evangelischen Papst mitten im protestantischen Deutschland! Jawohl, es ist römischer Geist im Protestantismus, und nur allzuviel schon! Dasselbe starre Prinzip bei der evangelischen Orthodoxie und beim Katholizismus, im Besitze des allein seligmachenden Glaubens zu sein, derselbe Hochmut, dieselbe Bekehrungswut gegenüber den „Ketzern und Ungläubigen," dieselbe Schroffheit im Vorgehen, und alles auf Grund des Satzes: in maiorem dei gloriam. Und noch ein bemerkenswerter Zug ist den beiden Bestrebungen gemeinsam: Hier wie dort herrscht dasselbe Doppelspiel, welches, wo es nützlich ist und paßt, sich an die Aristokratie hält, aber auch die Demokratie benutzt, wo es den orthodoxen Bestrebungen förderlich erscheint. In gleicher Weise erweisen sich die Führer der evangelischen Orthodoxie als geschmeidige Hofprediger bei den christlichen Theeabenden aristokratischer Damen oder in den Gemächern von Grafen und noch höher gestellten Persönlichkeiten, sowie auch in wüsten Volksversammlungen als „Vertreter der Rechte des Volkes," als welche sie mit den abgefeimtesten Kunststücken demagogischer Beredsamkeit durch Entfesselung der niedrigsten Triebe im Menschen, die Volksmassen mit Haß und Wut gegen anders Gläubige erfüllen. Die katholische Kirche hat ihre Hetzkapläne, die evangelische Orthodoxie ihre Hetz- und

Hofprediger und sie unterscheiden sich nur dadurch, daß auf jener Seite noch eine gewisse Offenheit zu finden ist, welche die Ziele unverhüllt zeigt, während hier unter dem Vorwande, die Unsittlichkeit und Not durch Stadtmissionen zu bekämpfen, politische Wahlwühlerei im häßlichsten Sinne des Wortes getrieben wird. Und mit solchen Männern sollten wir zusammen arbeiten können bei der Aufgabe, das protestantische Bewußtsein zu schärfen, welches die einzige Waffe ist, auch heute noch, gegen die Macht Roms? Nimmermehr! Da hilft kein Vertuschen der Unterschiede, das würde die Kraft des Protestantismus nur schwächen und lähmen. Das protestantische Bewußtsein ist gegründet auf dem festen und ewigen Satze der Wahrheit, der Gewissens- und Glaubensfreiheit, und nur wenn diese Grundsätze wahr und rein erhalten bleiben, können wir uns auf sie verlassen.

Unmittelbar unter dem Eindruck des „Friedens" mit Rom, aus der Notwendigkeit heraus sich gegen das wachsende Papsttum zu wehren, hat sich der Evangelische Bund gegründet mit dem Programm, die evangelische Kirche nach innen und außen zu stärken. Von einer Thätigkeit, im Innern der Kirche zu bessern, hat man bis jetzt nicht viel gemerkt. Nach außen, im Kampfe gegen die immer dreister auftretende Propaganda der römischen Kirche hat der Bund bis jetzt seine Pflicht und Schuldigkeit gethan; er hat überall, wo Gefahr im Verzuge, seine warnende Stimme erhoben, er sucht die Gegenkräfte zu organisieren und ihnen einen festen Rückhalt zu geben. Er hat auch das löbliche Bestreben durch Flugschriften über die Absichten des Gegners Aufklärung zu verbreiten und zur Vorsicht zu ermahnen. Er hat versucht, seinen kirchlichen Standpunkt so einzurichten, daß die verschiedenen anderen Parteien von rechts und links mit ihm Hand in Hand gehen könnten. Er hat zu diesem Zweck an die Spitze seines Programms den Bekenntnisparagraphen gestellt, der so formuliert ist, daß seiner Ansicht nach jeder Christ denselben anerkennen und ihm beistimmen kann. Das hat nun aber doch der Ausdehnung

des Bundes Schranken, besonders nach links hin, gesetzt. Man sagte sich nicht mit Unrecht: „Wozu eine Formel, warum den so vieles und großes umspannenden Christenglauben in wenige dürftige Worte zusammenfassen und diese als Bedingung aufstellen?“ Warum schreibt der Evangelische Bund nicht auf seine Fahne: Wer sich als Christ fühlt, wer die befreiende und läuternde Macht des Christentums in sich aufgenommen hat und nach den christlichen Grundsätzen sein Leben zu gestalten bestrebt ist, wer durchdrungen ist von den Segnungen der Reformation und keinen Glaubens- und Gewissensdruck dulden will, der soll unser Mitkämpfer sein? Ich bin kein Theologe und denke vielleicht sehr laienhaft über dergleichen Dinge, aber ich meine, der Evangelische Bund richtet sich gerade an die Laienwelt, und da bin ich dessen gewiß, daß er ohne die Bekenntnisformel ein größeres Feld für seine Thätigkeit erworben hätte. Jedenfalls wäre der Streit um die Formel vermieden, der die Laienwelt nicht nur kalt und gleichgiltig läßt, sondern zugleich abstößt und abwendig macht von der Mitarbeit für die gute Sache. Nicht durch Dogmen und Bekenntnisformeln ist das Werk der Reformation gethan, sondern durch die festgestellte Freiheit des Denkens und Glaubens.

Und die Thätigkeit des Bundes selbst? Wird sie halten, was man sich von ihr versprochen hat? Die Bewegung ist zu jung, um ihr schon jetzt ein Prognostikon auszustellen. Gewiß hat sie angefangen den Indifferentismus zu durchbrechen und das Interesse für kirchliche Fragen neu zu beleben. Aber steht auf der einen Seite einer weiten und großartigen Thätigkeit das Dogma des Bekenntnisses trotz aller Laxheit, mit der es gehandhabt wird, entgegen, so ist auf der anderen Seite zu befürchten, daß sich die Wirksamkeit des Evangelischen Bundes in kleinen Aktionen verliert und verkümmert. Es macht sich ein kleinliches Bestreben, die kleinen Übergriffe der katholischen Kirche festzunageln und dagegen vorzugehen, bemerkbar, und so löblich auch schon das an und für sich ist, so darf es doch nicht zur

Hauptsache werden, wie es thatsächlich den Anschein hat, so muß die Energie doch ein weit größeres Gebiet in Angriff nehmen, und das ist, mit wenigen Worten sei es gleich gesagt, die Erziehung des deutschen Volkes zum Selbstbewußtsein, zur Selbstbestimmung, zur Freiheit!

Das deutsche Volk hat seine Einheit und Freiheit hingenommen wie ein Geschenk und hat in den ersten Jahren nach seiner Wiedergeburt fleißig daran gearbeitet, sich des köstlichen Gutes wert zu machen, selbstbewußt und frei zu werden. Nur im Vertrauen auf die Kraft, welche dem Volke das wachsende Selbstbewußtsein gab, hat der eiserne Kanzler den Kampf mit der römischen Macht aufgenommen und nur im Bewußtsein der abnehmenden Kraft, der Unfreiheit, ja der Schwäche der Nation, hat er es wagen können, lediglich um einer reaktionären Politik die Wege zu ebnen, mit dem protestantenfeindlichen Zentrum zusammenzugehen, dem Papste Einfluß auf die deutschen Angelegenheiten einzuräumen und schließlich einen Frieden zu schließen, der eine Demütigung des protestantischen Bewußtseins genannt werden muß. Der Kampf um die materiellen Interessen, die Sorge um die von allen Seiten bedrohte Sicherheit des neu erstandenen Reiches hat mit dumpfem Druck auf der deutschen Nation gelastet und sie des freien Atmens beraubt. Aber die Ideale hätte sie deshalb nicht verlieren dürfen, sie hätte nicht dahingeben dürfen das stolze Gefühl des Selbstbewußtseins den inneren Fragen gegenüber, sie hätte nicht in den Wind schlagen dürfen das Prinzip des konstitutionellen Staates: „Des Volkes Wille ist Gesetz im Staat.“ Sie hat in ihrer Mehrheit den Umschwung in der Politik Bismarcks hingenommen und die den früheren Tendenzen derselben schnurstracks entgegengesetzte Wirtschaftspolitik gebilligt; sie hat nicht die Kraft gehabt zu verhindern, daß wiederholte reaktionäre Gelüste, an den Grundvesten der Verfassung zu rütteln, aufgetaucht sind. Die Minderheit hat den von der Mehrheit gebilligten Übergang vom Frei-

handel- zum Schutzzollsystem, die Interessenwirtschaft zu gunsten weniger bevorzugter Kreise, die Begünstigung der Adelsaristokratie in der Armee und im Beamtentum, die Maßregelung einer politischen Partei wegen ihrer Ideen, die wiederholten Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht und auf die auf demokratischer Basis beruhende Gerichtsverfassung hingenommen, ohne die Kraft zu einer gewaltigen und die Reaktion bezwingenden Opposition zu besitzen. Die Mehrheit und Minderheit zusammen haben die ganzen Jahre des traurigen Umschwungs in der Kirchenpolitik mit erlebt, sie haben dem Kanzler zugejubelt, als er mitten im Kampfe gegen Rom stand, sie haben geschwiegen und es gelitten, als er, um eine Majorität für seine neuen politischen Pläne zu erhalten, mit der ultramontanen Partei verhandelte, und es zu einem Ende kommen ließ, das uns einen demütigenden Frieden gebracht hat. Und warum das alles, wie hat es so kommen können, so kommen *müssen*? *Weil das Bewußtsein verloren gegangen ist, daß es ein Recht der Opposition giebt, von dem Gebrauch zu machen die heiligste Pflicht ist!*

Indem ein Teil der liberalen Partei unbedingt in der Gefolgschaft Bismarcks marschierte und alle seine Schwenkungen mitmachte, oft vielleicht in gutem Vertrauen auf die Größe seiner Erfolge, brach der unselige Zwist aus, welcher den Liberalismus in zwei streng geschiedene Hälften spaltete, von denen die eine ihre früheren Ideale preisgab, die andere sich grollend auf den schroffsten Oppositionspunkt stellte, auf dem sie noch heute steht. Die erste Hälfte aber, die Nationalliberalen, gaben das Recht der eigenen Meinung preis, erkannten auch das Recht zu einer Opposition nicht mehr an; es wurde Nörgelei, persönliche Gehässigkeit, Neid und Schmähsucht genannt, wenn die Liberalen auf der Linken sich den Plänen Bismarcks widersetzten, und dadurch wurde eine Verbissenheit großgezogen, die doch keine wuchtige Widerstandskraft hatte. Man ächtete die Opposition; die Männer, welche ihr angehörten, waren „Feinde des

Vaterlands", waren nicht „national", und die Verleumdung suchte in ihrem Vorgehen sogar antinationale, mit den auswärtigen Feinden liebäugelnde Tendenzen. Das muß aufhören und anders werden! Man muß wieder lernen, die Überzeugung des andern, auch wenn sie uns entgegen ist, zu achten, seine Opposition zu begreifen; man soll sie aber nicht verketzern. Wohin das sonst führt, haben ja die letzten Zeiten nur zu deutlich gezeigt. Der Reichskanzler plant seine Politik, ohne sich um den Willen der Nation zu bekümmern, und so führt er seine Pläne auch durch. Er konnte, ohne Widerstand zu finden, die früheren Wege verlassen, mit dem Papste verhandeln, konnte ihn zum Schiedsrichter in einer Angelegenheit des deutschen Reiches ernennen. Das Volk sah es, wehrte sich aber nicht dagegen; im Gegenteil; es fand in allen jenen Handlungen Bismarcks ein Meisterstück der Diplomatie, der Realpolitik nach dem andern. Die warnenden Stimmen wurden nicht gehört, das Dogma der Unfehlbarkeit auf politischem Gebiete war auf den Reichskanzler übergegangen, und er wußte es wohl zu benutzen. Und als nun gar das Ungeheuerliche geschah, als der Papst „deutscher" wurde als die Mehrheit des deutschen Reichstags, als sein Gebot zur Wahlparole einer deutschen Partei wurde, da fehlte dem Volke der gesunde Geist, welcher zwischen Zweck und Mittel hätte unterscheiden und nicht dem „realpolitischen" Grundsatze hätte huldigen sollen: „Der Zweck heiligt die Mittel." Um eine septenatsfreundliche Mehrheit zu schaffen, war nun dem Volke das vom Reichskanzler beliebte Mittel der Anrufung des Papstes recht. Ja, dem Volke imponierte die diplomatische Kunst des Kanzlers aufs neue, und die warnenden Stimmen wurden wiederum von dem Ruf: Realpolitik, die ihr nicht versteht! unterdrückt. Es sei hier nur die Thatsache angeführt, es soll nicht weiter ausgeführt werden, wie schwer sich das deutsche Volk unter der Führung der „nationalen" Parteien vergangen hat an dem protestantischen Bewußtsein; als Entschuldigung möge die aufs äußerste genährte Kriegsfurcht gelten. Allein wer

heute das protestantische Bewußtsein wecken will, wer es als das einzige Mittel ansieht, die geschwächte Position gegen Rom zu stärken, der muß zugeben, daß man damals arg gefehlt hat, und der muß dafür Sorge tragen, daß dergleichen Dinge nicht wieder vorkommen. Wie will man denn heute Front machen gegen die Übergriffe des Papsttums, wenn man nicht den unerhörten Eingriff des Papstes in deutsche Wahlangelegenheiten auf das Schärfste verurteilt und darüber wacht, daß die deutsche Geschichte das nicht wieder erlebt, wenn man nicht einer Politik Halt zu gebieten entschlossen ist, welche mit einer tiefen Demütigung des Protestantismus endigt? Es wäre nicht so weit gekommen, hätte man nicht auf allen anderen Gebieten sich der Opposition begeben und hätte man nicht die Männer, welche sich wehrten, verleumdet und verketzert. Die Politik und ihre Leiter hätten eine Opposition, hervorgerufen von dem beleidigten protestantischen Bewußtsein, fürchten müssen, dann hätten sie auch mit diesem Faktor und seiner Macht rechnen müssen. So aber nahm das Volk den „Frieden" mit Rom in dumpfer Resignation hin, die liberalen Vertreter standen freilich in der Opposition, aber ihre matten Worte im preußischen Abgeordnetenhause, die nun plötzlich die so oft bewunderte und verherrlichte Realpolitik verurteilen wollten, fanden keinen Widerhall in dem Herzen des Volkes, das den Sinn für die Opposition auch auf diesem Gebiete verloren hatte, nachdem die Gegnerschaft auf so viel anderen als ungerechtfertigt, ja als antideutsch an den Pranger gestellt war.

Wenn daher der Evangelische Bund das protestantische Bewußtsein wiedererwecken und kräftigen will, so gilt es hier ganz besonders Stellung zu nehmen und offen Farbe zu bekennen. Will man ehrlich zu Werke gehen, so sage man es frei heraus: Wir opponieren und protestieren gegen die Politik des Fürsten Bismarck dem Papste gegenüber, weil dadurch nach unserer Überzeugung das protestantische Gefühl verletzt, die protestantische Kirche geschwächt, das Papsttum aber in allen seinen Bestrebungen auf kirchlichem

und weltlichem Gebiete ermuntert und gestärkt wird. Wir wollen keine derartige Opportunitäts- und Realpolitik, wir streben nach einer Politik mit Grundsätzen, welche sich in dem Kampfe gegen Rom gleich und treu bleiben! Dann ist die Opposition wieder zu ihrem Rechte gekommen, dann ist anerkannt, daß die Gegnerschaft gegen ein System, das nach bester und ehrlichster Überzeugung nicht zum Heile des Vaterlandes dient, ein unveräußerliches Recht, ja eine heilige Pflicht ist, und zwar die Gegnerschaft nicht nur auf religiösem oder kirchenpolitischem Gebiete. Bevor aber dieser sittliche Grundsatz nicht wieder dem Volke in Fleisch und Blut übergegangen ist, so lange wird die Thätigkeit, das protestantische Gefühl zu schärfen, umsonst sein, sie wird sich in Kleinigkeiten verlieren und verkümmern.

Den ersten Platz in dem Kampfe gegen das Vordringen Roms hat die Geschichte der letzten 25 Jahre dem deutschen Protestantenvereine angewiesen. Ihm gebührt auch noch heute die Führerschaft, und wenn er des ihm von der Tradition übertragenen Amtes mit Aufbietung aller Kräfte waltet, wird dem Protestantismus die alte Widerstandskraft wiederkommen, ohne welche er den Kampf nicht führen kann. In einer Zeit des allgemeinsten Indifferentismus kirchlichen Fragen gegenüber gegründet, machte er es sich zur Aufgabe, das kirchliche Leben, den Geist im Protestantismus neu zu beleben, ihm Mut und Kraft zu dem bevorstehenden Konflikt mit Rom zu geben. Denn das Auge der „Protestantenvereinler" sah weiter als das der in der Abgeschlossenheit ihres starren Dogmas stagnierenden Orthodoxie und sah schon in der ersten Hälfte der 60ger Jahre voraus, daß dem Protestantismus von seiten der katholischen Hierarchie Gefahr drohen werde. Laut erschallte der Warnungsruf auf den deutschen Protestantentagen, gewaltige Proteste wurden hier erhoben, gewaltig nach Form und Inhalt, als sich die Anmaßung Roms so weit verstieg, die Protestanten 1868 zur Rückkehr in die Gemeinschaft der römisch-katholischen Kirche aufzufordern. 20 000 Männer aus allen Gauen

Deutschlands erließen zu Worms im darauffolgenden Jahre ihre abwehrende Erklärung, deren Wucht Rom wohl gefühlt hat. Weit entfernt von der Unduldsamkeit und Rechthaberei der evangelischen Orthodoxie reichten sie hier am Fuße des Lutherdenkmals auf dem gemeinsamen Boden des christlichen Geistes, der deutschen Gesinnung und der modernen Kultur, den deutschen Katholiken die Bruderhand und forderten sie auf zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind des religiösen Friedens, der nationalen Einigung, der freien Kulturentwickelung. Schon hier wurde Protest erhoben gegen das gemeinschädliche Wirken des Jesuitenordens. Und nicht nur in Worten bestand ihre Abwehr gegen Rom, sie suchten im eigenen Lager die Kräfte, welche allein fähig waren, den beginnenden Kampf aufzunehmen, zu stärken und die Elemente zu beseitigen, welche zerstörend und lähmend zu wirken drohten. Römischer Geist konnte nur mit freiem deutschen Geist bekämpft und besiegt werden, und deshalb galt es gegen die Hierarchie im evangelischen Deutschland, welche von jenem Geiste der römischen Autorität und Unfehlbarkeit erfüllt war, vorzugehen. Deshalb erklärte jene Versammlung auch alle auf die Begründung einer hierarchischen Machtstellung der Geistlichkeit und auf ausschließliche Dogmenherrschaft gerichteten Bestrebungen in der protestantischen Kirche für eine Verläugnung des protestantischen Geistes und für die erste Anbahnung eines Zusammengehens mit Rom. Zum Schutze gegen die Folgen solcher Hierarchie wurde das protestantische Gemeindeprinzip aufgestellt und die daraus hervorgehenden Grundsätze der protestantischen Kirchenverfassung, deren Tendenzen auf demokratischer Basis beruhend, auf eine Volkskirche im Gegensatz zu der herrschenden Theologenkirche hinausliefen.

Der Großartigkeit solcher Kundgebungen entsprach ein gewaltiger Erfolg. Überall regten sich die wachgerufenen Geister. Über Deutschlands Grenzen hinaus drang der Appell an das protestantische Bewußtsein. Noch ehe der Staat sich rüstete, die Anmaßungen der römischen Kirche in gebührender Weise zu beantworten, wies der deutsche Prote-

stantentag in Übereinstimmung mit allen echten Protestanten fast der ganzen Welt das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit zurück als eine Gefahr für die Souveränität des Staates, des konfessionellen Friedens und der Geistes- und Gewissensfreiheit, forderte aus denselben Gründen das Verbot des Jesuitenordens, drang auf die Befreiung der Theologie von allem Zwang und jedem Kirchenregiment und stellte in präziser Weise noch einmal als letztes Ziel die Gründung einer deutschen Volkskirche auf, welche „in Glaubens- und Gewissenssachen auf alle staatliche Zwangshilfe verzichtet, das kirchliche Leben der Gegenwart nicht mit Bekenntnissen knechtet, die Berechtigung aller Thätigkeit in den Gemeinden nicht nach äußeren Zeichen der Kirchlichkeit bemißt, den verschiedenen religiösen Überzeugungen und der wissenschaftlichen Forschung volle Freiheit gewährt und alle die umfaßt, welche Jesus von Nazareth als das höchste Vorbild des religiösen und sittlichen Lebens verehren." Wahrlich großartige Ziele, des Schweißes der Edelsten in der Nation wert, Ziele, neben denen die Bestrebungen des Evangelischen Bundes verschwindend klein erscheinen müssen! Und jetzt war der Erfolg noch viel größer als in den Jahren vorher. Nicht nur, daß es das Verdienst des Protestantenvereins war, die ganze gewaltige nationale Begeisterung mit ihrer protestierenden Wucht gegen Rom geweckt zu haben, nicht nur, daß die liberale Partei seine Ideen zu den ihrigen machte, nicht nur, daß der Kanzler des deutschen Reiches im Vertrauen auf das geweckte protestantische Bewußtsein den Kampf gegen die päpstliche Hierarchie beginnen konnte, auch die schroffsten Gegner, die evangelischen Orthodoxen, konnten sich der zwingenden Gewalt der Ideen der „Protestantenvereinler" nicht ganz entziehen. Die kirchliche Gesetzgebung in Preußen, damals noch unter dem orthodoxen Kultusminister von Mühler, gab dem bahnbrechenden Prinzip, daß die Laienwelt zur Teilnahme an dem kirchlichen Verfassungsleben herangezogen werden müsse, nach und schuf in Schleswig-Holstein eine auf freien Wahlen beruhende Gemeindeverfassung, der evangelische

Oberkirchenrat selbst berief außerordentliche Synoden mit gleichviel Laien wie Geistlichen, ja er plaidierte für größere Freiheit bei den Wahlen für kirchliche Gemeindevertretung.

Die Zeit des Kulturkampfes ging vorüber, während dessen sich der Protestantenverein auf die Seite des seine Omnipotenz schützenden Staates stellte, immer aber mit der ausgesprochenen und scharf betonten Tendenz, daß gegen römischen Geisteszwang, gegen die Herrschaft eines alles unter sich beugen wollenden Dogmas nicht Staatsgewalt die Waffe sein könne, sondern daß in diesem Kampfe gegen den religiösen Autoritätsglauben nur die religiöse Selbstbestimmung des Menschen eine dauernde Gegenwehr bilden werde. Der Aufschwung der Nation erlahmte unter dem Druck der materiellen Interessen, um die es sich bei dem Wechsel der Bismarck'schen Politik in erster Linie handelte. Die politische Reaktion überflutete auch die Errungenschaften der kirchlichen und theologischen Freiheitsbewegung. Das System Puttkamer, die Orthodoxie in Berlin unter dem maßgebenden Einfluß der Hofpredigerpartei drängte den kirchlichen Freisinn zurück und fand dabei die volle Unterstützung der politischen Reaktionsparteien, welchen dieser Umschwung für ihre Zwecke sehr gelegen kam. So ist eine im Verhältnis zu der früheren Macht nur noch kleine Gemeinde geblieben, die wohl auch heute noch protestiert gegen hierarchische Gelüste, wo sie sich zeigen, ob in Rom oder im protestantischen Berlin, die unentwegt festhält an ihren alten Idealen der Freiheit der religiösen Überzeugung und der Freiheit der Kirchenverfassung, die aber heute nicht mehr das Echo im Herzen des Volkes findet, dem die Oppositionsfähigkeit in kirchlichen wie in politischen Dingen verloren gegangen ist. Daß aber diese kleine Gemeinde den Mut und die Kraft hat, zu protestieren auch in den Zeiten der Gleichgültigkeit und Lauheit, gereicht ihr schon zu hoher Ehre. Sie hat damit Zeugnis abgelegt, daß man ihrer Mitarbeit bei dem Werke, das begonnen werden muß, nicht entraten kann, und daß sie besonders dazu berufen ist, bei der sittlichen

Erziehung des deutschen Volkes mitzuhelfen. Wenn der Protestantenverein den Mut gehabt hat, gegen die Hierarchie, wo sie auch auftaucht, Front zu machen, wenn seine Gesinnungsgenossen, von oben unterdrückt, von unten wenig oder garnicht unterstützt, dennoch Widerstand leisten, getragen weder von der Gunst der Großen dieser Welt, noch gefördert durch den gleichgültig bei Seite stehenden Liberalismus, dann kann man solchem Beispiel von Mut und Ausdauer die Achtung nicht versagen, dann darf man aber auch wünschen, daß die sittliche Kraft solcher Charaktere auf das deutsche Volk übergehen möge. Man darf es wünschen, ja man muß es verlangen, daß der Protestantenverein das Panier des Selbstbewußtseins, der Selbstbestimmung und Überzeugungtreue aufpflanze, daß er mit allen Mitteln diese Ideale zu verwirklichen bestrebt sei, und zwar nicht allein auf dem kleinen theologisch-kirchlichen Gebiete, sondern besonders auf dem großen Felde der Politik.

Man erschrecke nicht vor dem Wort, das die Verweichlichung unserer Zeit zu einem den Charakter verderbenden Schreckenswort gemacht hat, man fasse nur kühn zu und sage nicht, das habe mit den Zielen des Protestantenvereins nichts zu thun, Politik sei nicht sein Arbeitsfeld. Wirklich nicht? War es nicht Politik, als der Protestantenverein, ehe der Staat daran dachte, die Zivilehe verlangte, war es keine politische Forderung, die Schule von der Kirche zu emanzipieren, war es nicht ein gewaltiges, politisches Moment, als die Volkskirche gefordert wurde „als die Vorbedingung für die notwendige religiöse Wiedervereinigung des deutschen Volkes, von welcher die Erhaltung unserer sittlichen und nationalen Kraft abhängt?“ Es waren alles politische Züge; es war ferner politisch, das Gemeindeprinzip mit dem Verlangen einer freien Repräsentativverfassung, es wären sozialpolitische Gedanken, mit welchen sich der Protestantentag gegenüber der wachsenden Sozialdemokratie im Jahre 1874 beschäftigte, viel früher, als die christlich-sozialen Quacksalbereien à la S t ö c k e r sich an das Sonnenlicht wagten, und

es sind schließlich kulturelle, aber eminent politische Fragen, welche mit dem Streben nach Lehrfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit berührt und gelöst werden können. In der Politik aber muß man Partei ergreifen, und auf wessen Seite der Protestantenverein sich zu stellen hat, wenn er seine Idee erreichen, wenn er an der Erziehung des Volkes mitarbeiten will, das liegt in seinen Forderungen selbst, das sagt ihm seine eigne Geschichte. Mit dem Liberalismus ist er auf eine achtunggebietende Höhe gestiegen, mit dem Liberalismus ist er von der hereinbrechenden Reaktion zurückgedrängt und niedergedrückt, das Schicksal des Liberalismus ist sein eigenes. Darum trete er auch jetzt in der beiderseitigen Bedrängnis offen auf seine Seite. Die einzelnen Schattierungen des heutigen Liberalismus sind hier nicht gemeint, es heißt hier nur die großen Grundsätze des Liberalismus festzuhalten und sie zum Gemeingut der Nation zu machen, es gilt dem Prinzipe, daß es ein Recht der Opposition giebt, das auch gegenüber den verdienstvollsten Männern zur Pflicht wird, Raum zu schaffen.

Und der Liberalismus? Nun, ihm thut es wahrlich not, neu belebt und mit frischem Geist erfüllt zu werden. Er hat ein Hauptarbeitsfeld, das kulturelle Gebiet, schon allzulange verlassen, hat die Aufgaben, welche ihm hier gestellt waren, vernachlässigt und hat dadurch sehr viel von seiner Popularität eingebüßt. Der Liberalismus war am populärsten, als er sich um kulturelle und kirchliche Fragen nicht herumdrückte, sondern sie frisch und energisch in die Hand nahm und sie zum Wohle der Menschheit löste. Bei der dann hereinbrechenden Interessenpolitik hat er zwar, wenigstens sein linker Flügel, seine Kräfte vornehmlich nötig gehabt, um hier zu schützen und zu verteidigen, Schritt um Schritt. Die idealen Ziele der Partei wurden immer mehr unberücksichtigt gelassen. Es bildete sich allmählich besonders eine Richtung in der Partei unter der Führung eines hervorragenden Parteiführers aus, welche die materiellen Fragen noch mehr, als es nötig war, in den

Vordergrund stellte. „Haltet die Taschen zu" war die Losung dieser Leute. Die Zahl herrschte in ihrer Politik, mit ihr agitierten sie, mit ihr suchten sie die alten Anhänger des Liberalismus zu fesseln und neue Gesinnungsgenossen zu erwerben. Man ging fehl, man hatte die Seele des Volkes vergessen, welche hungrig und durstig nach den alten Idealen war. Immer und ewig Zollpolitik und die Abwehr dagegen, gewiß ein böser Kampf, in dem es sehr auf das Rechnen ankommt, aber die andern Fragen traten dagegen zurück, die Volksseele spürte von der beabsichtigten Aufregung nicht so viel, als man ihr zugetraut, sie blieb verhältnismäßig ruhig und unbewegt auch gegenüber den materiellen Opfern, welche vom Volke verlangt wurden. Und sie wurde gleichgiltig gegen die Partei, der sie sich in früheren Tagen mit so edler Begeisterung hingegeben hatte, weil es Ideen waren, welche der Liberalismus damals verfocht und zu verwirklichen bestrebt war.

Und dann wollte auch der Liberalismus recht taktisch und praktisch sein, um sich von dem Vorwurf des Doktrinarismus gründlich zu reinigen. Taktik wurde das Prinzip, Taktik hieß das Verteidigungswort gegen die Einwände, welche sogar aus dem Innern der liberalen Partei erhoben wurden, Taktik, die von den dagegen Opponierenden nicht verstanden würde. Dem anerkannten Führer kam es nicht darauf an, an dem Prinzip des Liberalismus solange zu drehen und zu deuteln, bis er es so weit hatte, daß ein Zusammengehen mit dem Zentrum, das ja auch in der Opposition stand, nur aus ganz anderen Gründen, keine Verleugnung des Prinzips zu sein schien. Für augenblickliche, kleine Erfolge, zumeist gewiß von keinem großen Werte für die weitere Entwickelung und Festigung des Liberalismus, mußte man opfern, entweder in einer Frage gegen das Zentrum etwas zahmer auftreten, oder in einer Sache Hand in Hand mit demselben gehen. Auch im Wahlkampfe blieb der Ehrenschild des Liberalismus nicht ganz intakt; die Zugeständnisse, welche dem Zentrum für

seine Stimmen gemacht wurden, waren eine Stärkung dieser der freien Entwickelung des Liberalismus so gefährlichen Partei, und das Volk hatte kein Verständnis für ein solches Zusammengehen mit ihr, es sah darin doch eine Verleugnung der liberalen Grundsätze. Man hatte von dem Meister der Diplomatie, dem Fürsten Bismarck, gelernt, man war auch diplomatisch geworden und diplomatisierte sich die Liebe, ja die Achtung des Volkes fort.

Gewiß, der Materialismus der heutigen Politik drückte auch hier die Geister und wandte sie von den früheren Zielen ab, aber um so mehr ist es Zeit, umzukehren und das Versäumte nachzuholen, gerade in solcher materiellen Zeit die Volksseele zu hüten und sie vor dem Verkümmern zu bewahren. Und der Protestantenverein, die Geistlichen wie die Laien desselben, sind die Boten, welche der Liberalismus aussenden muß, um wieder die Grundlage für seine Ideen zu bereiten, auf welcher er dann weiter bauen kann. Da hört man die Leute reden: „Geistliche, Religion, Christentum, das sind in dem 19. Jahrhundert überwundene Dinge, die uns in dem aufgeklärten Zeitalter nicht mehr kümmern; wir, die Gebildeten, haben dergleichen nicht nötig, das sind Mittel, um das Volk in Gehorsam zu halten, damit es nicht übermütig werde!" Nun, wenn das ein Liberaler sagt, so ist er seines Namens nicht wert, so ist das eine Überhebung, die sich mit dem Liberalismus nicht verträgt. Im übrigen aber sind auch die, welche an dem Liberalismus hängen und an ihn glauben, welche über dergleichen Dinge die Achseln zucken, ohne gerade die Religion doch noch als eine Art von kleiner Polizeimacht gelten lassen zu wollen, von einer gewaltigen Selbsttäuschung befangen. Wer sich ein Lebensziel gesetzt hat, das auf sittlicher Grundlage beruhend, ihm die Kraft giebt, für die Fortentwickelung der Menschheit und des einzelnen Menschen zu sittlicher Vollkommenheit zu wirken, wer dazu bereit ist, an seinem Platz dem großen Ganzen in diesem Sinne mit allen Kräften zu dienen, der ist religiös, der hat mehr Religion im Leibe

als die ganze Hofpredigerclique und mindestens ebensoviel als alle Unterzeichner der Stadtmission; wer sein Leben nach den alles umspannenden Sätzen, wie sie Jesus von Nazareth in seiner Bergpredigt und seinen Gleichnissen niedergelegt hat, einrichtet und bestrebt ist, das Ideal der Menschenliebe zu erreichen, der ist ein Christ, bewußt oder unbewußt; wer protestiert und sich wehrt gegen jeden Geistes- und Gewissenszwang, woher er auch kommen mag, der ist auch wahrer und echter Protestant. Was brauchts da Dogmen und Kirchensatzungen? Ihr ehrlichen Liberalen, die Ihr zum Wohle der Gesamtheit und ihrer Fortentwickelung arbeitet, die Ihr bereit seid, für Eure Überzeugung, die Ihr frei vor jedermann vertretet, zu leiden, Ihr seid frommere Christen und bessere Protestanten als alle diejenigen, welche die Religiösität und das Christentum für sich allein gepachtet zu haben scheinen! Dafür spricht ein Zeugnis, das Ihr wohl gelten lassen werdet: Ernst Moritz Arndt sagt einmal: „Geist'ge Regsamkeit, frisches Streben, redliche Wahrheit, kühne Rede, freie That, fröhliches und mutiges Wandeln auf Erden — das ist die göttliche Liebe, das ist Gottes Ebenbild, das heißt Christentum!" So werdet denn bewußte Christen und bekennt Euch mit allem Nachdruck zu dieser Religion der Liebe! Und vergeßt nicht, daß Ihr Protestanten seid und tretet mit aller Kraft ein für die Männer, welche jener Religion in echt protestantischem Sinne Raum schaffen wollen; laßt sie, die das Volk besser kennen als Ihr, Eure Berater mit sein, wehrt die Angriffe gegen sie ab, verteidigt sie gegen die Gewalt der Unduldsamkeit, stützt sie durch Eure Stimme im Parlament!

Der Protestantenverein muß, um solche Aufgaben, wie sie ihm durch seine Vergangenheit gestellt sind, erfüllen zu können, vor allen Dingen ausharren trotz der schweren Zeiten. Er muß auch seiner Thätigkeit einen neuen Aufschwung geben dadurch, daß er seine Ideen mehr mit Wort und Schrift in das Volk zu bringen bemüht ist. Mit dem Liberalismus zusammen dringe er immer aufs neue darauf,

daß das Prinzip der Gemeindeverfassung durchgeführt und dadurch den Mißständen abgeholfen werde, unter denen die protestantische Kirche zu leiden hat.*)

Weg mit dem Vorurteil, daß die Ideale des Protestantenvereins nur für die Gebildeten da seien, daß das Volk in den untern Schichten sie nicht verstehen könne, weg mit der Scheu vor diesen Klassen der Bevölkerung, weg mit der Furcht vor dem roten Gespenst, der Sozialdemokratie, die für die christliche Lehre unzugänglich sei! Wohl sind ihre Anhänger verblendet und irregeleitet, aber sie werden die reine Lehre des Urchristentums, der Religion der Liebe und gegenseitigen Duldung besser verstehen, als die Thatsache, daß in Berlin noch immer ein Mann Hofprediger ist, der diese Religion zu einer Karrikatur gemacht hat, der sein Amt des Friedens und der Milde dazu benutzt, Haß und Erbitterung in die Welt zu tragen. Hier ist ein weites Feld zur Arbeit: Der Protestantenverein hole die Sätze wieder hervor, welche er schon 1874 bei Behandlung der sozialen Frage aufgestellt, und mache sie zur That!**)

---

*) In der preußischen Landeskirche kamen im Jahre 1886 614 geistliche Stellen zur Erledigung. Die Wiederbesetzung fand bei einem Drittel (32,20%) durch geistliche und andere Behörden statt, bei nicht weniger als 41,3% noch immer durch Patronat und nur bei dem vierten Teil (26,5%) durch Gemeindewahl.

**) Die sociale Frage betrifft eine Angelegenheit des Kulturfortschrittes der Menschheit; sie enthält außer der wirtschaftlichen Seite vorzugsweise eine sittlich-religiöse Aufgabe, an deren Lösung alle Kirchen und Konfessionen in friedlicher Gemeinschaft mitzuwirken haben. Die socialen Übelstände können weder durch eine gleiche Verteilung der Güter, noch durch eine zwangsstaatliche Organisation der Produktion und Consumtion gehoben werden. Die Ungleichheit der Vermögensverhältnisse ist nicht als ein Unglück, sondern als ein notwendiger Ansporn zu größeren Leistungen und Fortschritten zu betrachten. Die in der Welt vorhandene Not legt der Gesellschaft die Pflicht auf, ihren leidenden Mitbrüdern in der Bekämpfung des Mangels zur Erreichung ihrer höheren geistlichen und sittlichen Lebensziele kräftig beizustehen und die sociale Hilfeleistung überall zweckmäßig zu organisieren. Vor allen Dingen muß die Kirche alle ihre Glieder abmahnen, die zufällige wirtschaftliche Überlegenheit, welche sich bald auf Seiten der

Bei der Erziehung des Volkes zum Selbstbewußtsein hat der Protestantenverein sein Auge auch vornehmlich auf die Presse zu richten. Sie muß darauf hingewiesen werden, daß sie sich wieder mehr mit kulturellen und kirchlichen Fragen beschäftigt, daß sie auch in diesen Dingen selbstbewußt und überzeugungsgetreu auftritt. Der größte Teil der liberalen Tagespresse, die vor Jahren auf der Seite des kirchlichen Liberalismus gestanden hat, ist gleichgiltig geworden, hat die Jahre des Umschwungs mit gemacht und die Realpolitik des Kanzlers nicht hoch genug zu preisen gewußt und betrachtet noch heute den Papst gewissermaßen als einen Freund und Bundesgenossen Deutschlands. Früher nahmen auch Familienblätter Stellung zu den religiösen und kirchlichen Fragen, Blätter, welche dem Fortschritt als Pioniere vorgearbeitet haben, die sich deshalb auch eines Weltrufes zu erfreuen hatten. Heute wagen sie sich kaum an solche Fragen heran; die Zeiten sind andere geworden meint man, das Volk verlange nicht danach. Hübsche Bilder, nette Geschichten und Plaudereien, das ist die Tendenz der heutigen Familienblätter. Nun, die Zeiten waren früher nicht besser und nicht schlechter, aber die Männer, welche dem Volke die geistige Nahrung gaben, huldigten nicht dem augenblicklichen Geschmack und der Mode, sie hatten ein Ziel im Auge und suchten das Volk zu erziehen und

---

Unternehmer und Kapitalisten, bald auf Seiten der vereinigten Arbeitermassen befindet, kurzsichtig zu mißbrauchen und die Freiheit, zu der wir berufen sind, durch Gewalt von oben oder unten zu verkümmern; die Kirche muß die ihr obliegende Mitarbeit zur Beseitigung der socialen Schäden an dem heranwachsenden Geschlecht vollziehen, indem sie den Religionsunterricht während der Schulzeit so gestalten hilft, daß die jugendlichen Gemüter in fruchtbarer Weise von dem Geiste des Christentums durchdrungen werden, und indem sie weiter auch bei der konfirmierten Jugend für eine nachhaltige Pflege des religiös-sittlichen Lebens Sorge trägt. Die Geistlichen haben durch rege Teilnahme am Gemeindeleben und an allen gemeinnützigen Bestrebungen, sowie durch Sorge für eine würdige Volkslitteratur und Presse an der Herstellung des socialen Friedens mitzuarbeiten.

immer wieder auf den Weg zu diesem Ziele zu bringen. Wollen solche Blätter, wie sie pomphaft ankünden, „Volksblätter im wahren Sinne des Wortes" sein, so müssen sie auch die Fragen, welche das Volksleben bewegen, behandeln, so müssen sie veredelnd und fördernd mitarbeiten an der Erziehung des Volkes.

Es ließen sich hier noch eine Reihe anderer Vorschläge machen, die auf das Wiederwecken des protestantischen Geistes, des Interesses für kirchliche und religiöse Dinge hinzielen, allein es gilt hier nur anzuregen und einige Gesichtspunkte aufzustellen; praktische Maßnahmen zu ergreifen, ist Sache der leitenden Kreise. Das Ziel ist gegeben: Belebung des freien, selbstbewußten Geistes im Volke, der da Front macht gegen jede Bevormundung und gegen jeden Druck, der sich nicht scheut, selbst Männern, dem die Nation ewigen Dank schuldet, entgegenzutreten, wenn die eigene Überzeugung gegen die Politik solcher Männer spricht. Die Mittel sind: Entfesselung aller Kräfte, Zusammengehen mit den aufgeklärten, von Vorurteilen freien Mitbürgern, welche nicht Opportunitätspolitik von heute zu morgen treiben, sondern die bestrebt sind, die Grundfesten der Einheit und **Freiheit** des deutschen Reichs für **alle Zeiten** unerschütterlich fest zu machen. Keine kleinliche Parteipolitik innerhalb des Liberalismus, die ganzen Kräfte des Freisinns, wo er sich findet, müssen auf- und wachgerufen werden!

Die Gefahr ist da, wer Augen hat zu sehen, der muß ihr drohendes Nahen erkennen. Die Waffen werden immer ungleicher; auf der einen Seite Gleichgültigkeit, auf der anderen dreistes Vordringen und ein gewaltiges Rüsten zum Zusammenstoß. Der Kampf aber wird kommen, ein Friedenspapst regiert nicht ewig, und ein rücksichtsloser Nachfolger auf dem Stuhle Petri, der nicht so diplomatisch und vorsichtig auftreten kann, wird das Zeichen zum offnen Kampfe geben und dann die Erfolge, welche Leo XIII. errungen hat, trefflich ausbeuten können. Der Kampf wird viel heißer werden, der Sieg der protestantischen Sache von

vornherein viel zweifelhafter sein, weil der Katholizismus mit dem Bewußtsein kämpft, aus dem letzten Konflikt mit dem mächtigen Deutschland triumphierend hervorgegangen zu sein. Die besten Güter unserer Nation stehen auf dem Spiele, rüsten wir uns zu ihrem Schutz, zu ihrer Sicherung!

Und wenn ich hier zum Schluß noch einmal die ganze große Bedeutung des bevorstehenden Kampfes in Worten zusammenfassen soll, so weiß ich keine besseren zu finden, als die, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung," das offiziöse Organ der deutschen Regierung, im Jahre 1874 in die Welt hinaus gerufen hat, zur Warnung, zur Aufmunterung. Hier sind sie: „Und wiederum steht Deutschland, steht das deutsche Volk, in der ersten Reihe eines großen Kampfes gegen den gefährlichsten Feind der edelsten Güter der Menschheit. Deutschland zuerst hat den Handschuh aufgenommen, der dem freien Denken, dem selbstbewußten Glauben von dem Erbfeinde der Aufklärung, vom Jesuitismus, hingeworfen wurde. Es ist wahrlich kein Eroberungszug, den das deutsche Volk hier unternommen. Nicht um die Unterdrückung einer andern religiösen Überzeugung handelt es sich, nicht um die Begründung oder Erweiterung einer materiellen Machtsphäre. Nur der eiserne Ring soll durchbrochen werden, in welchen hierarchische Anmaßung den Geist der Menschheit zu schmieden versucht. Eine Freistätte des Geistes in seinen staatlichen Einrichtungen zu schaffen, das ist das Ziel, welches Deutschland zur Abwehr einer geistigen aber darum nicht minder civilisationsfeindlichen Invasion, als die der Hunnen und Mongolen, sich vorgesetzt hat, und das es ebenso erreichen wird, wie es in früheren Kämpfen um der Menschheit höchster Schätze siegreich sich bewährte."

Druck von C. H. Schulze & Co. in Gräfenhainichen

Druck von C. H. Schulze & Co. in Gräfenhainichen.

2